Erscheint Mittwochs. Red.-Schluß: Sonntag.

Vierteljahrs-Abonnement 1,20 Goldmark.

Anzeigenpreis: à einfp. Nonpareillezeile (Nichtmitgl. ausgeschl.) 0,40 Goldmark. Stellenanzeigen-Anzeigen die Hälfte.

Der Schuhmacher

Organ des Zentralverbandes der Schuhmacher

und Publikationsorgan der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Schuhmacher und verwandten Berufsgenossen

Verantwortlicher Redakteur: Otto Troßlich, Nürnberg. Fernspr.-Anschl. 408 Vorstandsv. u. Redakt.: Nürnberg 1, Ostwestmstraße 1,1 Zahlungen: Postscheckkonto 20009 Expedition „Der Schuhmacher" Nbg.

Nummer 25 — Nürnberg, den 18. Juni 1924 — 35. Jahrgang

Probleme der Arbeit in England.

Das Vordringen der Weltreaktion hatte die nach Kriegsende mächtig entwickelte Arbeiterbewegung stark zurückgeworfen. Hatte sie sich nach dem Krieg neuen Zielsetzungen zugewendet, eine neue Epoche in der Industrie, welche durch die Mitbeteiligung der Arbeiter am Produktionsprozeß gekennzeichnet wurde, eingeleitet, so ist sie heute in fast allen Ländern in die Defensive gedrängt und muß ihre Kräfte zur Verteidigung des bereits Erreichten und zur Abwehr neuer Angriffe verwenden. Der Klassenkampf vollzieht sich eben nicht in gerader Linie, und die Rückschläge sind ebenso unvermeidlich wie die Wirtschaftskrisen, welche der vorwiegende Grund dafür sind. Nach dem Kriege bestand in den meisten europäischen Ländern ein Gleichgewichtszustand zwischen der Bourgeoisie und der Arbeiterklasse. Die wirtschaftliche Macht blieb zwar bei der Bourgeoisie, die politische aber ging auf die Arbeiterklasse über, woraus sich ein gewisses Gleichgewicht der Kräfte ergab. Dieser Gleichgewichtszustand ist dann infolge von Wirtschaftskrisen und des Vordringens der reaktionären Kräfte ins Wanken gekommen. In Deutschland wurde er völlig umgestürzt und hat der Diktator der Bourgeoisie Platz gemacht. In anderen Ländern hat der gestörte Gleichgewichtszustand nur Verschiebungen nach rechts verursacht, während in England sich durch die Machtergreifung der Arbeiterpartei — wenn auch als einer Minoritätspartei — ein ungefähres Gleichgewicht der kämpfenden Kräfte hergestellt hat. Wenn wir verfolgen, welche Probleme neben den gemeinsamen wie dem ständigen Kampf um die Sicherung eines entsprechenden Anteils an dem Ertrag der Produktion die Arbeiterschaft des einen oder des anderen Landes beschäftigen, können wir daraus den Kräftestand der Klassen ablesen. Sehr bezeichnend hierfür ist es, welche Fragen z. B. das englische Proletariat beschäftigen. Einige von diesen möchten wir hier kurz ins Auge fassen.

Eine Anzahl von Erscheinungen in der englischen Arbeiterbewegung der letzten Zeit lassen sich auf Formeln bringen, aus denen man ersehen mag, was den Inhalt der Arbeiterbewegung der nächsten Jahre bilden dürfte. Ein neues Wort in England, „Poplarismus", bezeichnet den Grundsatz, daß ein jeder Arbeiter das Recht auf einen menschenwürdigen Lebensunterhalt hat. Die Arbeitslosenunterstützungen reichen selbst in England nicht dazu aus, weshalb die sozialistische Gemeinde Poplar den unter das Armengesetz fallenden Arbeitslosen (denen Recht auf Unterstützungsgelder nach Ablauf einer bestimmten Zeit bereits erloschen war) im Bewußtsein ihrer vollen Verantwortung Unterstützungen in einer Höhe gewährte, die den Betroffenen zu einem menschenwürdigen Dasein verhalf. Für diese Unterstützung mußten die Leiter der Armenfürsorge, die sogenannten Poplar-Guardians, ins Gefängnis gehen und wurden vom früheren Wohlfahrtsminister mit schweren Gefängnisstrafen belegt. Diese wurden nun, zur großen Entrüstung im bürgerlichen Lager, aufgehoben. Die politische Frage soll uns hier weiter nicht beschäftigen. Es soll hier nur der durch den Poplarismus in die Praxis übertragene Grundsatz hervorgehoben werden, der nun trotz allem den Stempel der Regierung erhielt. Der jüngst beendete Dockarbeiterstreik war neben dem Lohnkampf, der doch aufgetragen wurde, auch aus anderen Gründen von prinzipieller Bedeutung. Einmal ist hier die Forderung nach der „geschärften Woche", nach der Ausführung des unmöglichen Zustandes, daß Arbeiter auf einen Tag eingestellt werden und ihre Beschäftigung für die kommenden Tage ganz ungewiß ist, wo doch durch entsprechende Organisierung des Arbeitsmarktes diesem Zustand hätte abgeholfen werden können, mit Erfolg gestellt worden. Fast alle in der Produktion stehenden Klassen versuchen den Markt ihrer Produkte zu regulieren; in der letzten Zeit insbesondere auch die Landwirte. Es ist an der Zeit, daß auch der Markt, wo die Arbeitskraft angeboten wird, organisiert, die Einstellung und Entlassung der Arbeiter unter wirksame Kontrolle gestellt wird. Tarifverträge und Betriebsräte tragen zur Organisierung des Arbeitsmarktes viel bei. Die Dockarbeiter haben ebenfalls ein wirksames Mittel zur Organisierung ihres Arbeitsmarktes durchgesetzt. Der Dockarbeiterstreik wurde dadurch zu einem raschen Ende geführt, daß die Regierung eine öffentlich verhandelnde Kommission zur Untersuchung des Konflikts entsendet hat. Diese konnte feststellen, daß an der Herbeiführung des Streiks die Unternehmer schuld waren, und obwohl ihre Entscheidungen keine bindende Kraft hatten, war der Druck der öffentlichen Meinung groß genug, um die Unternehmer, die früher die Unterhandlung überhaupt ablehnten, zum Einlenken zu bringen. Diese Waffe, die Kontrolle der Oeffentlichkeit und die Macht der öffentlichen Meinung, konnte in den Arbeitskämpfen bisher nicht genug verwendet werden, schon deshalb, weil die kapitalistische Presse die Sache der Unternehmer zu vertreten pflegt. Bei dem Plan der Wohnungsbauten — es sollen jährlich 120,000 bis 200,000 Wohnhäuser in England gebaut werden — kommt derselbe Grundsatz zur Geltung wie beim Dockarbeiterstreik: den Bauarbeitern soll für eine lange Periode ein gesicherter Lohn und gesicherte Beschäftigung zugesichert werden.

In der Absicht der englischen Regierung, eine Arbeitskonferenz zusammenzurufen, die über die Ratifizierung des Washingtoner Vertrages über den Achtstundentag beraten soll, kommt vielleicht die Tatsache am besten zum Ausdruck, daß in England das Gleichgewicht der Kräfte zwischen der Arbeiter- und der Kapitalistenklasse sich seiner Wiederherstellung nähert. Die Arbeitszeit soll möglichst einheitlich geregelt werden, wenn nicht Ungleichheit der Produktionskosten zwischen den einzelnen Ländern entstehen soll. Daß viele Länder den Achtstundentag nicht annehmen wollten, war bisher, während der Zeit der Weltreaktion, ein willkommener Vorwand für andere, ihn ebenfalls zu verweigern, ohne den Versuch gemacht zu haben, die Widerspenstigen in das System hineinzubringen. Dieser Versuch soll jetzt in England gemacht werden. Die Arbeitslosenversicherung nach Industrien, derzufolge eine jede Industrie für ihre Arbeitslosen aufkommen soll, wird jetzt in England ebenfalls wieder eifrig erörtert. Der Spitzenverband der Unternehmer hat das System in seinem jüngsten Bericht abgelehnt, auch ist die Stellungnahme der Arbeitergewerkschaften in dieser Frage nicht einheitlich. Würde aber dieser von einer Regierungskommission bereits angenommene Plan trotzdem verwirklicht, so würde dies einen wichtigen Schritt in der Richtung der industriellen Selbstverwaltung der Arbeiter bedeuten.

Brauchen wir noch Gewerkschaften?

Die Unternehmer sind sehr erfreut darüber, daß die bis vor kurzem übliche Regelung der Arbeitsbedingungen durch die gewerkschaftlichen Organisationen für größere Bezirke oder für ganze Berufe jetzt vielfach abgelöst worden ist durch sogenannte Werkverträge, die nach Verhandlungen mit „ihren Arbeitern" zustandegekommen sind. Diese Aenderung in Verbindung mit der Ablösung des Dreischichtensystems durch das Zweischichtensystem, also die Ablösung des Achtstundentages durch den Zehnstundentag — oder durch noch längere Arbeitszeit — bezeichnete die „Deutsche Arbeitgeberzeitung" vor kurzem sogar als „Götterdämmerung".

Wir können die Freude der Unternehmer wohl verstehen. Sie haben in der Tat sehr viel Ursache dazu. Für die Arbeiterschaft aber ist die Sache nicht so erfreulich, und ein erheblicher Teil der Arbeiter und Arbeiterinnen, die in der Zeit der Regelung der Arbeitsbedingungen durch die Zentralstellen der Gewerkschaften auf diese nicht genug schimpfen konnten, werden inzwischen wohl eingesehen haben, daß die Gewerkschaften denn doch keine so ganz überflüssigen Einrichtungen sind, daß man zur Vertretung und Wahrung der Interessen der Arbeiterschaft ganzer Berufe und einzelner Betriebe auch heute noch des Zusammenhalts der Arbeiter und Arbeiterinnen bedarf und auch heute noch Körperschaften benötigt, die unabhängig von den Unternehmern diesen gegenübertreten können.

Dies ist sogar jetzt und für die absehbare Zukunft notwendiger als je.

Das persönliche Interesse des Unternehmers an dem einzelnen Arbeiter oder an der einzelnen Arbeiterin ist in der Regel nur sehr gering. In Zeiten großer Arbeitslosigkeit ist dies ganz besonders der Fall. Das wissen die Arbeiter auch, und sie haben deshalb eine begreifliche Scheu, sich persönlich unbeliebt zu machen. Das geschieht aber, wenn sie persönlich beim Betriebsinhaber Forderungen auf günstigere Arbeitsbedingungen stellen oder mit ihm über die Bedingungen verhandeln, die der Unternehmer ihnen gestellt hat. Die Aussicht auf die unmittelbaren Folgen für diejenigen Betriebsangehörigen, die diese Verhandlungen führen, veranlaßt recht oft zu begreiflicher Zurückhaltung. Das aber wissen die Unternehmer. Sie verhandeln ja gerade deshalb so gern mit „ihren" Arbeitern. Wenn aber noch Zweifel über die Ungeeignetheit des unmittelbaren Verkehrs zwischen Unternehmern und Arbeitern der einzelnen Betriebe über die Lohnfrage und über Werkverträge bestanden haben sollten, so werden die Erfahrungen der letzten Zeit wohl darüber keinen Zweifel mehr lassen.

Die Unternehmer haben wirklich allen Anlaß, von einer „Götterdämmerung" zu reden. Es besteht für sie tatsächlich Ausschau auf eine bessere Zeit, nämlich auf günstigere Gelegenheit zur Ausbeutung der Kräfte der männlichen und weiblichen Arbeiter und Angestellten, wenn die Ablösung der bisherigen Art der Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen durch sogenannte Werkverträge weiter um sich greift. Dann mehrt sich nämlich für sie die Gelegenheit zur Einschüchterung der Arbeitskräfte in den einzelnen Betrieben und es mehren sich die Fälle, wo der eine Betrieb gegen den anderen ausgespielt werden kann, selbst dann, wenn die Angaben über die einzelnen Betriebe auf unbewußten oder bewußten Irrtümern beruhen.

Wo die Arbeiterschaft durch Beauftragte der Gewerkschaften bei Verhandlungen vertreten wird, und wo die Verhandlungen nicht nur betriebsweise erfolgen, ist einmal solche Täuschung nicht möglich, die Organisationsvertreter, die den einzelnen Unternehmern gegenüber unabhängig sind, können auch ganz anders gegen diese auftreten, als es von dem im Arbeitsverhältnis stehenden Arbeiter und Angestellten seinem unmittelbaren Arbeitgeber gegenüber in der Regel geschieht. Vom Werkstatt bis zur Bildung sogenannter gelber Werkvereine ist übrigens nur noch ein Schritt. Auch aus diesem Grunde sollte die Arbeiterschaft die Entwicklung auf dem Gebiete der Regelung der Arbeitsbedingungen sehr kritisch betrachten. Die Arbeiter und Angestellten in den Betrieben bedürfen zur Wahrung und Vertretung ihrer Interessen nicht nur des Zusammenhalts, sie bedürfen auch einer Stelle, die bei entscheidenden Gelegenheit Vorkämpfer für sie ist.

Dies ist ganz besonders der Fall in der gegenwärtigen Zeit, wo recht oft die Betriebsleiter gar nicht die unmittelbaren Unternehmer sind und wo oftmals ein persönlicher Unternehmer überhaupt nicht in Frage kommt, wie bei Aktiengesellschaften. Wenn in diesen Fällen Verbandsmäßigen zustande kommen, dann doch nur nach Vereinbarungen mit Personen — richtiger ist es wohl zu sagen: nach Vorschlägen oder auf Verlangen von Personen —, die nur im Auftrage von Personen oder von Körperschaften handeln, in ihren Entscheidungen nicht selbständig sind und auch Ursache genug haben, sich nicht allzu nachgiebig zu zeigen, weil auch sie in Abhängigkeit leben und sich nicht unbeliebt machen dürfen.

In diesen Fällen, die recht häufig sind, stehen also Beauftragte von Personen und Körperschaften den Vertretern der in den einzelnen Betrieben beschäftigten männlichen und weiblichen Arbeiter und Angestellten gegenüber. Es trifft also gar nicht zu, daß durch Werkarbeit oder wie die Umwandlungen für einzelne Betriebe immer heißen mögen, das patriarchalische Verhältnis früherer Zeiten wieder hergestellt werden kann. Dafür fehlen heute die Voraussetzungen. Um so notwendiger ist es deshalb, daß auch zur Vertretung der Interessen der Arbeiter und Angestellten eine unpersönliche Stelle vorhanden ist, die den Ueberblick besitzt über die allgemeine Lage der Wirtschaft, über die Kräfte, die in der Wirtschaft um ihre Existenzbedingungen ringen, und die wirtschaftlich unabhängig von der Leitung der einzelnen Betriebe wie von dem Einfluß des organisierten Unternehmertums die Interessen der Arbeitnehmerschaft vertreten kann.

Wenn irgend etwas die Notwendigkeit stärker und leistungsfähiger Gewerkschaften beweisen kann, dann sind dies die Erfahrungen, die in der letzten Zeit gemacht worden sind. Auch auf diesem Gebiete hat sich wieder die Wahrheit des Sprichwortes bewiesen: durch Schaden wird man klug.

Gertrud Hanna.

Haltet Treue.

Hat es jemals in der Welt Kämpfe gegeben ohne Niedergeschlagenheit? Ob es sich um politische oder wirtschaftliche oder geistige Kämpfe handelte, es war stets ein Auf und Ab und Hin und Her. Nur die große Linie der Welt geht aufwärts. Und der trägt auch in der Niederlage diese geistige Linie des Siegs in seiner Seele, der so fest bis ins Tiefste von dem Glauben an den Sieg durchdrungen ist.

Uns nüchternen Menschen von heute fehlt leider zu sehr dieser große Glaube. Das Leben mit seinen Sorgen hat unsere Seele zerrissen und unser Denken gespalt, und so sehen wir immer nur Stücke und Fetzen des Lebens und Teile des Kampfes, statt aus einer großen umfassenden Seele heraus all das Kleine, ob gut oder schlecht, einzufügen in den einen großen Glauben an die Zukunft, der das eigentliche Kernstück alles gewerkschaftlichen Ringens ist.

Wer groß glaubt, der verrennt sich nicht in unausbleibliche schwere wirtschaftliche Kampfkrisen wie in Sachsen, die den Blick versperren. Der beißt die Zähne zusammen und schaut mit stolzem Auge vorwärts, trotz alledem. Der trägt in seiner Brust das Weltgeschick. Der wächst in seiner Seele an Kraft und Größe. Der wächst zum Bezwinger der Welt.

Der wie ein Halm im widrigen Winde hin- und herschwankt, der ist kein Kämpfer, mag er sein, wo er will. Nur knorrige Eichen halten stand. Sie leben Trotz. Sie sind die Kraft und der Sieg.

Die gewerkschaftliche Treue ist der lebendige geistige Saft, der der Organisation diese Kraft des Trotzes und des Sieges gibt.

Internationaler Gewerkschafts-Kongreß in Wien.

Vorstandssitzung des J. G.-B., abgehalten am 28. und 29. Mai in Wien.

(J.G.B.) Es sind anwesend: die Bureaumitglieder: Jouhaux, Mertens, Ludegeest, Stoffenbach und Brown; ferner die Vorstandsmitglieder: Grossmann (Deutschland); Purcell, Ben Tillet (England); Senoir (Frankreich); d'Aragona (Italien); Caballero (Spanien); Solau (Belgien); Mories (Lettland); Dürr (Schweiz); Tavarie (Tschechoslowakei); Jaszai (Ungarn).

Die wichtigsten der zur Behandlung stehenden Punkte waren:

1. Besprechung des Tätigkeitsberichts und Kassenberichtes.

Der vorliegende gedruckte Bericht wurde behandelt und einstimmig angenommen.

2. Aktions- und Finanzplan für die Zeit nach dem Kongreß.

Zu diesem Punkt lag dem Vorstande ein vom Bureau ausgearbeiteter Vorschlag vor. Nach eingehenden Besprechungen des Finanzplanes stimmte der Vorstand diesem Vorschlag zu, der nunmehr der vom Kongreß einzusetzenden Kommission zur weiteren Besprechung vorzulegen ist.

3. Vorbereitung des Internationalen Gewerkschaftskongresses.

Unter diesem Punkt wurde die Tagesordnung und Geschäftsordnung des Kongresses festgesetzt und Mitteilung gemacht von den verschiedenen Veranstaltungen, die von den österreichischen Genossen geplant sind. Der vom Bureau vorgelegte Statutenentwurf und die von einigen Landeszentralen gestellten Aenderungsvorschläge wurden eingehend behandelt.

4. Anschlußantrag des Memelländischen Gewerkschaftsbundes.

Durch den Friedensvertrag von Versailles sind die früher den deutschen Verbänden angehörenden Gewerkschaften des Memelgebietes von diesen getrennt und nicht mehr der deutschen Landeszentrale angeschlossen. Sie beantragen nunmehr den Anschluß an den J. G.-B. Da von keiner Landeszentrale Einwände gegen die Aufnahme erhoben worden sind, stimmte der Vorstand einstimmig dem Anschlußantrag zu.

5. Unser Verhältnis zur Sozialistischen Arbeiter-Internationale.

Es wurde Bericht erstattet über die bisher stattgefundenen Verhandlungen zwischen den Vertretern beider Internationalen und beschlossen, die Beziehungen aufrecht zu erhalten, um eine Zusammenarbeit auf möglichst breiter Basis zu erreichen.

6. Unsere Verhandlungen mit dem Allrussischen Gewerkschaftsbunde.

Der Briefwechsel mit dem Allrussischen Gewerkschaftsbund wurde vorgelegt und darauf hingewiesen, daß Form und Inhalt des vom russischen Gewerkschaftsbund erhaltenen Antwortschreibens jeden weiteren Versuch einer Annäherung unmöglich mache. Die Haltung des Bureaus in dieser Frage wurde einstimmig vom Vorstand gebilligt.

7. Maßnahmen für die nächste Internationale Arbeitskonferenz in Genf.

Es wurde auf den Umstand hingewiesen, daß in letzter Zeit verschiedene Regierungen Arbeitervertreter zu den Internationalen Arbeitskonferenzen delegierten, die entweder einer neutralen oder, wie im Falle Italiens, einer uns direkt feindlich gesinnten Organisation angehören. Es wurden die Maßnahmen besprochen, die getroffen worden sind, um die Ernennung und Zulassung solcher Vertreter zu verhindern. Der Vorstand schloß sich einstimmig der von der Arbeitergruppe in dieser Frage vertretenen Ansicht an, und protestierte besonders gegen die Zulassung des von der italienischen Regierung ernannten Vertreters der faschistischen Gewerkschaften, da diese nicht als richtige Arbeiterorganisationen angesehen werden können, weil sie sowohl Arbeitgeber und Arbeiter als Mitglieder zählen.

8. Internationaler Kongreß für Ein- und Auswanderung in Prag.

Im September dieses Jahres findet in Prag ein von der Internationalen Vereinigung für Sozialpolitik veranstalteter internationaler Kongreß statt. Da bei dieser Gelegenheit auch diese Vertreter der einzelnen Landeszentralen anwesend sein werden, beabsichtigt der J. G.-B., einige Tage vor Abhaltung dieses Kongresses eine besondere Konferenz der Vertreter der gewerkschaftlichen Landeszentralen abzuhalten, auf der die Frage der Ein- und Auswanderung, die ursprünglich auf die Tagesordnung des Internationalen Gewerkschaftskongresses gesetzt werden sollte, behandelt wird.

9. Anti-Kriegstag 1924.

Es wurde über die Vorbereitungen für diese Demonstration berichtet und mitgeteilt, daß die geplante Kundgebung in allen Ländern großen Widerhall findet, so daß zu hoffen ist, daß der Anti-Kriegstag in allen Ländern eine mächtige Manifestation des Friedenswillens der organisierten Arbeiter werden wird.

•

Konferenz der Internationalen Berufssekretariate mit dem Vorstand des Internationalen Gewerkschaftsbundes.

(J.G.B.) Laut Beschluß der im November 1923 in Amsterdam abgehaltenen Sitzung der Internationalen Berufssekretariate mit dem J. G.-B. fand am Vorabend des Internationalen Gewerkschaftskongresses in Wien unter Leitung des Vorstandes des J. G.-B. eine Konferenz statt, in der die im November 1923 unterbreiteten Vorschläge des Bureaus des J. G.-B. betr. die organisatorischen Beziehungen zwischen dem J. G.-B. und den Internationalen Berufssekretariaten ratifiziert worden sollten. Während in der Novemberfassung die ersten vier Punkte (Teilnahme der Berufssekretäre als Gäste am Internationalen Gewerkschaftskongreß, Abhaltung zweijähriger internationaler Konferenzen, Aufnahme von drei Vertretern der Berufssekretariate im Vorstand des J. G.-B. mit beschließender Stimme und Pflicht der Berufssekretariate, in allgemeinen Fragen keine endgültigen Beschlüsse zu nehmen ohne vorherige Beratung mit dem J. G.-B.) einstimmig gutgeheißen wurden, erklärten sich sechs Berufssekretariate gegen Punkt 5 betr. die Bestimmungen für die Zulassung zu den Berufssekretariaten.

Die Konferenz fand unter dem Vorsitz Mertens im Gebäude der österreichischen Gewerkschaftskommission statt. Abgesehen von den Vorstandsmitgliedern des J. G.-B. waren nachstehende Berufssekretariate vertreten: Bergarbeiter, Transportarbeiter, Metallarbeiter, Hutmacher, Zimmerer, Lederarbeiter, Privatangestellte, Postangestellte, Lithographen, Lebensmittelarbeiter, Landarbeiter, Bauarbeiter, Fabrikarbeiter, Oeffentliche Angestellte, Maler, Buchbinder, Bekleidungsarbeiter, Holzarbeiter, Textilarbeiter und Typographen.

Die ersten beiden Tage wurden vollständig der Ratifizierung der Beschlüsse vom November 1923 gewidmet. Einige Berufssekretariate, so z. B. die Transportarbeiter, Metallarbeiter und Lebensmittelarbeiter, brachten vor allem die Frage unserer Stellung zu den russischen Organisationen zur Erörterung und es fanden in diesem Zusammenhang ausführliche Beratschlagungen statt. Trotz taktischer Meinungsverschiedenheiten gingen alle Delegierten in der Auffassung einig, daß die Einheit zwischen den Berufssekretariaten und dem J. G.-B. im Interesse der ganzen Arbeiterklasse gewahrt bleiben muß. Es wurde denn auch mit einer Stimmenthaltung (Bergarbeiter) folgender Antrag Dr. Maier (Postangestellte) mit einem Zusatzantrag einstimmig angenommen:

„Die Konferenz der Internationalen Berufssekretariate vom 31. Mai und 1. Juni 1924 erklärt, daß als einzige Gewerkschaftsinternationale aller Gewerkschaften ausschließlich der Internationale Gewerkschaftsbund in Amsterdam anerkannt wird.

Die Beschlüsse der Konferenz des J. G.-B. und der Internationalen Berufssekretariate vom 9. und 10. November 1923 werden als organisatorische Richtlinien anerkannt."

Sollten internationale Berufssekretariate in die Notwendigkeit versetzt werden, von diesen Regeln abzuweichen, so sind sie gebeten, sich zuvor mit dem Vorstand des J. G.-B. oder wenigstens mit einer Konferenz zwischen dem Bureau des J. G.-B. und den drei Vertretern der internationalen Berufssekretariate in Verbindung zu setzen.

•

Internationale gewerkschaftliche Arbeiterinnenkonferenz.

(G.G.B.) Samstag, 31. Mai, tagte im Gebäude der österreichischen Gewerkschaftskommission die vom J. G.-B. einberufene Internationale Arbeiterinnenkonferenz.

Es waren vertreten die Landeszentralen von Belgien, England, Jugoslawien, Tschechoslowakei, Deutschland und Oesterreich durch 44 Delegierte. Den Vorsitz führte als Vertreter des Internationalen Gewerkschaftsbundes Johanna Sassenbach. Zur Präsidentin wird Genossin Anna Boschek gewählt.

Die Tagesordnung umfaßte folgende Punkte:

1. Auf welche Weise können die Arbeiterinnen am besten der Gewerkschaften zugeführt werden?
2. Die Stellung der gewerkschaftlichen Landeszentralen zum Internationalen Arbeiterinnenbund.

Auf Vorschlag Sassenbachs werden beide Punkte in einem behandelt.

Die offizielle Referentin Miß Edith Mac Donald, Vertreterin der englischen Gewerkschaften, hofft, daß die Konferenz positive Vorschläge für eine Kampagne zugunsten des internationalen Zusammenschlusses und des gewerkschaftlichen Ausbaues der Frauenorganisation machen werde. Sie erwartet von einer ständigen beratenden Körperschaft stimulierende Wirkungen für die Arbeiterinnenbewegung der einzelnen Länder, erklärt sich jedoch gegen jede separatistische Organisationsform.

Genossin Hanna (Deutschland) tritt für die deutsche Auffassung der Einheitsorganisation ein, hat aber nichts gegen die Abhaltung spezieller Arbeiterinnenkonferenzen. Nach einer ausführlichen Diskussion wird folgende Resolution angenommen:

„Die Internationale gewerkschaftliche Arbeiterinnenkonferenz, zusammengesetzt aus Vertretern der gewerkschaftlichen Landeszentralen und des Internationalen Arbeiterinnenbundes, die am 31. Mai 1924 in Wien tagt, nimmt Kenntnis von der Erklärung des Bureaus des Internationalen Gewerkschaftsbundes, daß dieses bereit ist:

1. Noch Bedarf eventuell vor dem Zweijahreskongreß des J. G.-B. eine Arbeiterinnenkonferenz einzuberufen;
2. die Frage der Aufstellung eines Arbeiterinnenkomitees, das mit dem J. G.-B. zusammenarbeiten soll, zu prüfen und diesbezügliche Richtlinien auszuarbeiten;
3. die Aufstellung einer besonderen Sekretärin für die Propaganda unter den Frauen späterhin in Erwägung zu ziehen.

Die Delegierten zur Arbeiterinnenkonferenz nehmen die aus den einzelnen Ländern erstatteten Berichte zur Kenntnis und versprechen, ihren Organisationen davon Mitteilung zu machen. Sie erklären es für ihre Pflicht, sich in ihrem Lande eifrigst für die Agitation unter den Arbeiterinnen einzusetzen."

Genossin Boschek konstatiert zum Schluß mit Befriedigung, daß kleine Mißverständnisse beseitigt wurden und sich alle Kongreßteilnehmer im Prinzip für die einheitliche Organisation beider Geschlechter aussprechen. Ueber die Hauptfrage, die die Konferenz beschäftigt hat, werden sich die Länder selbst an Hand der Resolutionen auszusprechen haben. Sassenbach verspricht die Unterstützung des J. G.-B. bezüglich der gemachten Vorschläge.

•

Eröffnung des Dritten Ordentlichen Internationalen Gewerkschaftskongresses in Wien.

(G.G.B.) Am 2. Juni, morgens 10½ Uhr, ist in Wien im festlich geschmückten Kongreßsaal der Dritte Ordentliche Kongreß des Internationalen Gewerkschaftsbundes eröffnet worden. Obwohl noch nicht alle Delegierte anwesend sind, kann bereits festgestellt werden, daß zirka 150 Abgeordnete nachstehender 21 Länder vertreten sind: Belgien, Bulgarien, Dänemark, Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Jugoslawien, Kanada, Lettland, Luxemburg, Niederlande, Oesterreich, Palästina, Polen, Rumänien, Spanien, Südafrika, Schweden, Schweiz, Tschechoslowakei und Ungarn.

Als Vorsitzender fungierte zunächst Mertens, Vizepräsident des J. G.-B., der über die Wirksamkeit des J. G.-B. in den letzten Jahren sprach und besonders auf die Hilfsaktion für die österreichischen Kinder, den Boykott Ungarns, das Eingreifen bei der russischen Hungersnot und zuletzt auf die Hilfsaktion zugunsten der deutschen Gewerkschaften hinwies. Nachdem er die erfreuliche Tatsache der Einsetzung der englischen Arbeiterregierung sowie den günstigen Ausgang der Wahlen in verschiedenen Ländern erwähnt hatte, schlug er namens des Vorstandes A. A. Purcell, den Präsidenten des Britischen Gewerkschaftsbundes, zum Kongreßvorsitzenden vor.

Nach Uebernahme des Präsidiums hob Purcell in einleitenden Ausführungen hervor, daß vor allem die Einheit der Arbeiterbewegung im Vordergrund des Interesses stehe.

Dudegeß, Sekretär, erinnerte hierauf an die verstorbenen Kameraden Hanusch (Oesterreich), Bufleg (Jugoslavien) und Bruens (Holland). Der Kongreß hört diese Ausführungen stehend an.

Da Leipart (Vizepräsident) und Hueber (Oesterreich) wegen Krankheit dem Kongreß nicht beiwohnen können, wird beschlossen, den beiden Kranken die besten Wünsche des Kongresses zu übermitteln. Hierauf sprachen Vertreter folgender Körperschaften Begrüßungsworte: Domes im Namen der Oesterreichischen Gewerkschaftskommission, Dr. Bauer als Vertreter der Sozialdemokratischen Partei Oesterreichs, Dr. Fr. Adler im Namen der Sozialistischen Arbeiter-Internationale, Dr. Karl Renner für die Genossenschafts-Internationale, P. Boogh im Namen der Arbeiter-Jugend-Internationale und Seitz als Bürgermeister der Stadt Wien.

Die verschiedenen Reden wurden unter großem Beifall aufgenommen, besonders die Ansprache von Dr. Seitz, der die Delegierten in Wien herzlich willkommen hieß.

Hierauf wurde der Kongreß auf 2½ Uhr mittags vertagt.

•

Nachmittagssitzung vom 2. Juni 1924

Vorsitzender: A. A. Purcell. Die Verhandlungen werden um 2½ Uhr aufgenommen.

Der Kongreß geht sofort zur Behandlung von Punkt 3 der Tagesordnung über: Geschäftsbericht des Vorstandes. Referent: J. Sassenbach (Sekretär). Sassenbach gibt einen kurzen Abriß der Tätigkeit des Internationalen Gewerkschaftsbundes (J. G.-B.), der immer vor neue Aufgaben gestellt wird. An der Diskussion beteiligt sich zunächst Bramley (Sekretär des Britischen Gewerkschaftsbundes), der die Frage der Beziehungen mit den Russen anschneidet. Er erinnert an das wegen Form und Inhalt unbeantwortet gebliebene letzte Schreiben der Russen vom 7. Februar und würde bedauern, wenn die russischen Gewerkschaften auf unabsehbare Zeit außerhalb der internationalen Gewerkschaftsbewegung blieben. Er sieht auch in der Tatsache eine Anomalie, daß die englische und russische Regierung wohl miteinandern verhandeln, während die Beziehungen zwischen uns und den russischen Gewerkschaften unterbrochen sind. Er schlägt deshalb vor, daß die Verhandlungen wieder aufgenommen werden und ist überzeugt, daß auf diese Weise auch der Wiederaufbau Europas gefördert wird.

Van der Walle (Holland) bedauert, daß der frühere Vorsitzende des J. G.-B., J. H. Thomas, von 22 Bureausitzungen 13 nicht besucht hat. Er hofft, daß der neu zu wählende Präsident sein Möglichstes tun wird, regelmäßig an den Arbeiten der Exekutive teilzunehmen. Von der Walle kritisiert hierauf die Haltung Jimmens, der, als er noch Sekretär des J. G.-B. war, in Artikeln und in Holland in Versammlungen Meinungen zum Ausdruck brachte, die mit dem Standpunkt des Vorstandes des J. G.-B. nicht übereinstimmen. Er betrachtet ein solches Vorgehen als unzulässig und hofft, daß solche Dinge sich nicht mehr ereignen werden.

Jimmen (Sekretär der Int. Transportarbeiter-Föderation) befürwortet die Vorschläge Bramleys. Er führt aus, daß die J. T. F. seit langem bestrebt sei, eine Aenderung an die Russen herbeizuführen. In diesem Zweck sei auch die Berliner Konferenz der J. T. F. mit den russischen Transportarbeitern organisiert worden. Obwohl der Generalrat der J. T. F. die auf der Berliner Konferenz gefaßten Beschlüsse nicht ratifiziert hat, gingen doch alle Generalratsmitglieder darin einig, daß nach Einheit gestrebt werden müsse. Der J. G.-B. wurde deshalb auch eingeladen, Schritte in diesem Sinne zu unternehmen. Seither ist ein Jahr verflossen und der Abstand ist vielleicht noch größer geworden. Obwohl nun allerdings die Berufssekretariate den auf der Konferenz vom 29. und 30. Mai bis 1. Jrs. gefaßten Beschlüssen zufolge die Möglichkeit haben, russische Organisationen aufzunehmen, besteht aber auch die Gefahr weiterer Schwierigkeiten zwischen den Berufssekretariaten und dem J. G.-B. Jimmen hofft, daß die Beschlüsse der Engländer angenommen werden.

Graßmann (Deutschland) ist der Ansicht, daß der Beschluß der Engländer nicht angenommen werden kann, solange die Russen ihren Verleumdungsfeldzug fortsetzen. Wir sind immer bestrebt gewesen, für den Wiederaufbau Rußlands zu wirken, bei den unehrlichen Methoden der Russen ist jedoch eine Zusammenarbeit unmöglich.

Mertens spricht im Namen der belgischen Delegation und lehnt den Antrag der englischen Delegation ebenfalls ab. Jimmen hat darauf hingewiesen, daß die Aktion immer größer werde und die Einheit mehr als je nötig sei. Wenn man sich aber fragt, wer die Einheit gestört hat, so muß man zugeben, daß es die Russen resp. die Rote Gewerkschaftsinternationale gewesen sind. Deshalb kann ohne gewisse Garantien keine Zusammenarbeit herbeigeführt werden. Er kritisiert die Haltung Jimmens, der, als er noch Sekretär des J. G.-B. war, ohne sich vorher mit demselben ins Benehmen zu setzen, die Berliner Konferenz der J. T. F. mit den Russen organisierte. Es ist nicht wahr, daß die Russen ein ehrliches Spiel spielen. Denn als die Russen in die Internationale der Lebensmittelarbeiter aufgenommen wurden, wurde sofort im Zentralorgan der russischen Gewerkschaften geschrieben, daß die Fahne des Kommunismus nun in die Reihen der Gewerkschaften hineingetragen werden müsse. Im Namen der belgischen Delegation stellt er fest, daß er gegen die englischen Vorschläge sei.

Hierauf wird die Sitzung auf 3. Juni, 9½ Uhr, vertagt.

Die Sitzung wird am 3. Juni, 9½ Uhr morgens, fortgesetzt.

Vorsitzender: Purcell.

Nygaard (Dänemark) erklärt sich gegen die Fortsetzung der Unterhandlungen mit den Russen, solange sie ihre Agitation gegen Amsterdam und ihre Zellenbildung nicht einstellen.

Thorne (England) erachtet die Argumente von Mertens als nicht stichhaltig. Er ist auch gegen die Manöver der Roten Gewerkschaftsinternationale, aber wenn wir das Schreiben der Russen nicht beantworten, dann bedeutet das, daß wir die Türe für weitere Verhandlungen schließen. Im Namen der britischen Delegation erklärt Thorne, daß diese gegen den Geschäftsbericht stimmen werde, wenn der Vorschlag der englischen Delegation nicht angenommen werde.

Lenoire (Frankreich) erklärt sich gegen den britischen Vorschlag. Er bedauert die Debatten, die bereits stattgefunden haben, weil Mertens in seiner Eröffnungsrede die Tätigkeit des J. G.-B. ausführlich dargelegt habe und keine Beschwerde dagegen erhoben worden sei. Obwohl wir die Leistungen Jimmens anerkennen, können wir seine gegenwärtige Taktik nicht gutheißen.

Brown (Sekretär) spricht über Punkt 4 der Tagesordnung, da sich die Verhältnisse seit der Wiedererrichtung des J. G.-B. stark verändert haben, ist eine neue Fassung der Statuten unbedingt notwendig geworden.

Williams (Transportarbeiter) ist dafür, daß in den vom Kongreß einzusetzenden Kommissionen auch die Berufssekretariate vertreten sein sollen.

Bei Besprechung des Punktes 5 der Tagesordnung: „Organisatorische Verbindung zwischen J. G.-B. und Intern. Berufssekretariaten" spricht Dudegeß als Referent. Er hält es nicht für zulässig, daß Vertreter der Berufssekretariate in die Kommissionen gewählt werden. Der Art des Kongreßes zufolge kommen nur Delegierte der Landeszentralen in Betracht. Er gibt eine historische Uebersicht des Verhältnisses zwischen J. G.-B. und Berufssekretariaten und weist auf die Ernennung von drei Vertretern der Berufssekretariate in den Vorstand des J. G.-B. mit beschließender Stimme hin. Was die Russen betrifft, betont er nochmals nachdrücklich, daß der J. G.-B. die Türe immer offen gehalten habe. Schon im Jahre 1919 wurde eine Resolution zugunsten der Russen angenommen. Obwohl es nun ausnahmsweise möglich ist, russische Organisationen in die Berufssekretariate aufzunehmen, betont er ausdrücklich, daß das Prinzip der gewerkschaftlichen Einheit nicht in Frage gestellt werden dürfe.

Nachdem Williams noch das Wort ergriffen hatte, wird vom Bureau des J. G.-B. vorgeschlagen, daß angesichts der zukünftigen Vertretung der Intern. Berufssekretariate im Vorstand diese drei Vertreter an der Kommissionssitzung teilnehmen sollen, die die Frage der organisatorischen Beziehungen mit den Berufssekretariaten behandelt.

Dieser Antrag wird mit 16 gegen 4 Stimmen (England, Belgien, Frankreich, Holland) angenommen.

Nach Einsetzung der Kommissionen für die Prüfung der Punkte der Tagesordnung wird die Morgensitzung geschlossen.

•

Konferenz der Internationalen Berufssekretariate mit dem Vorstand des Internationalen Gewerkschaftsbundes.

(J. G.-B.) Auf der am Montag, 2. Juni, abends 8½ Uhr, eröffneten zweiten Sitzung der Konferenz der Intern. Berufssekretariate mit dem Vorstand des J. G.-B. waren 15 Sekretariate vertreten. Es gelangte zur Behandlung Punkt 8 der Tagesordnung: Wahl von drei Vertretern und Stellvertretern der Berufssekretariate in den Vorstand des J. G.-B. mit beschließender Stimme. Die Debatten zu diesem Punkt ergaben die einstimmige Ansicht, daß die drei Mitglieder nicht einzelne Sekretariate, sondern in erster Linie die Interessen aller Berufsinternationalen zu vertreten haben. Bei der Wahl ergaben sich folgende Resultate: Vertreter: Jimmen (Transportarbeiter); Smit (Privatangestellte); und Cook (Bergarbeiter); Stellvertreter: Maier (Postangestellte); Dikmann (Metallarbeiter); und Bred (Fabrikarbeiter).

Es wird noch einmal ausdrücklich betont, daß die Konferenz vor-

Arbeiterpresse und Wissenschaft.

Mit der Entwicklung des Zeitungswesens haben sich die Begriffe darüber, was in der Zeitung publik gemacht werden solle, mannigfach wesentlich geändert. Diese Veränderungen vollzogen sich unfehlbar und sichtbar während der Kriegsjahre, und wer einen Ueberblick über das deutsche Zeitungswesen hat, der weiß, daß sie auch heute noch auffällig genug sind, um nicht nur dem Spezialisten aufzufallen. Diese Veränderungen stehen im engen Zusammenhang mit der Aenderung der gesellschaftlichen Verhältnisse, sie geben gerade ein wolentreues Kreisen interessant erscheint, was sie besonders bewegt, das erscheint sehr bald in der Zeitung, die sich an diese Kreise wendet. In der großen Linie hat mit der Zuspitzung der Interessenkämpfe und des innerpolitischen Kampfes die Zeitung sich entwickelt vom berichtenden und unterrichtenden Organ zum politisch beeinflussenden, zum Kampforgan. Mit der Entwicklung der Arbeiterbewegung, dem Erwachen des politischen Interesses in der Arbeiterklasse, hat sich die Entwicklung der Arbeiterpresse vollzogen. Entstanden mit der selbständigen proletarischen Bewegung als Organ der Bewegung, hat sie selbst den Gang der Bewegung beeinflußt und ist mit ihr gewachsen, zugleich im großen immer das Spiegelbild der Gedankenwelt der Arbeiterschaft.

Die Bestimmung zum politischen Kampf und zur politischen Aufklärung ist bei der Arbeiterpresse heute am stärksten und am reinsten ausgeprägt. Aber es darf nicht vergessen werden, daß die Klassiker der proletarischen Bewegung den größten Wert darauf gelegt haben, die Aufgaben der Arbeiterpresse zu erfüllen im engsten Zusammenhang mit der Wissenschaft. „Innen war der Sozialismus selbst Wissenschaft, und die Ausbreitung der wissenschaftlichen Erkenntnis namentlich auf dem Gebiete, das wir heute als Sozialwissenschaft bezeichnen, die sicherste Grundlage des Sozialismus. Ihre Presse diente dem Kampf und der politischen Aufklärung, indem sie gleich an der Ausbreitung und Verteilung wissenschaftlicher Kenntnis und Denkweise in der Arbeiterschaft arbeitete. Von ihrer Geburtsstunde an stand die Arbeiterpresse in nahen Beziehungen zur Wissenschaft. Es liegt in ihrem Wesen, daß sie die nächsten und engsten Beziehungen zu den Sozialwissenschaften hat.

Die bürgerliche Presse hat ebenfalls den Anfang an Referat über das merkwürdige und das neue auf wissenschaftlichem Gebiet bis zum Feuilleton über ein Gebiet angewandter Wissenschaft. Die enge Verbindung mit den Sozialwissenschaften aber, die der Arbeiterpresse eigentümlich ist, fehlt der bürgerlichen Presse. Dafür spiegelt die Entwicklung der Beziehungen der bürgerlichen Presse zur Wissenschaft sehr klar eine Entwicklung der letzten Jahrzehnte wieder. Die Entwicklung der Technik, die gewaltige Ausbreitung des Wissensstoffes auf allen Wissensgebieten, zwang zum Spezialistentum auf allen Gebieten. Mit dem Anwachsen des Spezialistentums entstanden Spezialistenkreise, die unter sich der Publizität bedurften. Die Spezialzeitschriften und die Spezialzeitungen entstanden, an denen wir in Deutschland so reich sind. Dieser Zweig des Pressewesens hat heute die größte Bedeutung für die wissenschaftliche Publizität.

Diese Entwicklung aber birgt eine Gefahr in sich, die besonders von der Arbeiterpresse nicht aus dem Auge verloren werden darf — die Gefahr übertriebener Einseitigkeit. Für den Arbeiter ist heute im großen und ganzen die Oeffentlichkeit, die Publizität. Wenn die Arbeiterpresse sich darauf beschränkt, ausschließlich Organ des politischen und wirtschaftlichen Tageskampfes zu sein, schließt sie damit im wesentlichen ihre Arbeiterleser von der Publizität der Wissenschaft aus. Der Zug zu einer solchen Spezialisierung, die zur Einseitigkeit wird, ist in der Arbeiterpresse unverkennbar, wenn es auch manche rühmliche Ausnahme gibt. Für die Fragen des Berufes, die den Arbeiter am unmittelbarsten berühren, dient ihm seine Gewerkschaftspresse, die darüber hinaus sich im allgemeinen noch mit wirtschaftlichen Zusammenhängen befaßt. Die Aufgabe, eine Oeffentlichkeit herzustellen für alle anderen Gebiete des Lebens, des Wissens und der Kunst, verbleibt der politischen Arbeiterpresse. Das Streben, dieser Aufgabe gerecht zu werden, ist vorhanden, aber ihre Erfüllung ist manchmal recht unzulänglich — namentlich auf dem Gebiete der Wissenschaft. Es wird immer noch viel zu wenig getan, um die Leser der Arbeiterpresse in ein nahes Verhältnis zu bringen zu wissenschaftlichen Problemen.

Die große bürgerliche Presse legt in der neuesten Zeit großen Wert darauf, Interesse für die Wissenschaften und ihre Anwendung zu zeigen. Die großen bürgerlichen Zeitungen reagieren nicht nur auf Zeitterscheinungen, wie Ausbreitung des Sports aller Art, Ueberhandnehmen der Weltliebenschaft, auf Mode-Erscheinungen aller Art auf allen Lebensgebieten, sie pflegen auch ihre wissenschaftlichen und Literaturbeilagen wieder recht sorgsam. Hier ist ein Gebiet, auf dem die Arbeiterpresse ihnen nacheifern sollte, soweit es in ihren Kräften steht.

Es ist selbstverständlich, daß die Arbeiterpresse unmöglich das gesamte Bildungs- und Wissensbedürfnis ihrer Leser befriedigen kann. Sie kann ebensowenig die Spezialzeitschrift ersetzen, wie die Zeitschrift das Buch. Aber sie kann außerordentlich viel tun, um das Interesse ihrer Leser an der Wissenschaften zu wecken, um Anregungen zu geben, die zu selbständiger Beschäftigung führen können. Wenn die Arbeiterpresse das Verständnis unserer Zeit bei ihren Lesern wecken will als die Grundlage sozialistischer Weltanschauung und Betätigung, so kann sie an den Wissenschaften nicht vorübergehen. Die Weckung des Wissensdurstes ist eine Aufgabe, die sie nicht aus dem Auge verlieren darf.

Wie kann nun aber unsere Presse diesen Aufgaben dienen? Wir meinen, auf die mannigfaltigste Art und Weise. Indem sie anknüpft an das Merkwürdige und Interessante in den Erscheinungen der Zeit und den Naturvorkommnissen kann sie eine Fülle von Einzelkenntnissen und Einzelwissen vermitteln. Das kann kurz und noch dazu unterhaltsam geschehen. Darüber hinaus aber muß sie den Sinn wecken für wissenschaftliche Gesetzmäßigkeit und muß ihre Leser interessieren für die Frage, auf welchem Wege und mit welchen Methoden solche Gesetzmäßigkeiten gefunden werden. Auf diesem Wege kann das Interesse für die Theorien und Hypothesen geweckt werden und der Arbeiterleser mit den Problemen bekanntgemacht werden, mit denen die Wissenschaften heute ringen. Durch Literaturangaben kann dabei zur eigenen Weiterbeschäftigung angeregt werden.

Bei der Erfüllung dieser Aufgabe wird ein Gesichtspunkt immer im Mittelpunkt stehen müssen. Die Ergebnisse der Wissenschaft, ihr Ringen mit den Problemen müssen im Zusammenhang mit der gesellschaftlichen Entwicklung, vom Standpunkt der Arbeiterklasse aus gesehen werden. Beziehungen zwischen den gesellschaftlichen Verhältnissen und dem Stande wie den Methoden der Wissenschaft sind allenthalben vorhanden. Bei den Gesellschaftswissenschaften vor allem wird die Problemstellung beeinflußt von Klassenangehörigkeit und Klassendenkweise. Die Wissenschaft gesehen vom Standpunkt der aufsteigenden Arbeiterklasse — das ist einer der vornehmsten Stoffe für die Publizität der Arbeiterpresse. Dies Gebiet muß dem aktuellen, unmittelbaren Ringen der Arbeiterschaft um ihren Aufstieg mit den ihr entgegenstrebenden Mächten entrückt erscheinen — aber das Erwachen und die Pflege des Interesses an den Wissenschaften ist selbst ein Teil des Aufstieges der Arbeiterklasse und Vorbereitung auf das kommende sozialistische Zeitalter, das wie kein anderes ein Zeitalter angewandter Wissenschaft sein wird.

bereitende Arbeit leistet und die definitiven Beschlüsse vom Kongreß des J.G.-B. gefaßt werden müssen. Da die Besprechung des Punktes 5 sehr viel Zeit in Anspruch nahm, wurde auf Antrag Williams die Behandlung der übrigen Punkte (Rechte und Pflichten der internationalen Sekretariate bei Lohnbewegungen, Kollektivverträgen, Streiks usw.; Organisierung von Hilfsaktionen bei Arbeitskonflikten, Frage des finanziellen Beistandes an internationale Sekretariate, Pflichten der internationalen Sekretariate betr. den Achtstundentag, die Arbeitsinspektion usw.) an den Vorstand überwiesen, dessen Sitzungen die drei Vertreter der Berufssekretariate beiwohnen werden, nachdem der Vorschlag vom Kongreß ratifiziert worden sein wird.

•

Sitzung vom Dienstag, 3. Juni.
(Nachmittagssitzung.)

Vorsitzender: A. A. Purcell (England). Beginn: 3 Uhr.

Zunächst ergreift Genosse Hos (Palästina) unter Beifall des Kongresses das Wort. Es freut ihn, als Vertreter einer asiatischen Organisation die Versammlung begrüßen zu können. Man zählt in ganz Palästina ungefähr 20,000 jüdische Arbeiter. Diese Zahl scheint sehr klein, doch man muß bedenken, daß diese kleine Gruppe die Pioniere eines aufstrebenden Landes umfaßt. Die Landeszentrale, die Genosse Hos vertritt, ist die einzige eigentliche Gewerkschaftszentrale Palästinas. Hos hofft, daß die internationale Arbeiterschaft ihr Möglichstes zum Wiederaufbau des Landes beitragen und vor allem für die Einführung von sozialen Gesetzen eintreten werde, die in Palästina noch vollständig fehlen. Die Arbeiterschaft in Palästina wird es ihrerseits nicht an der nötigen Agitation fehlen lassen.

Oudegeest (Sekretär) referiert über Punkt 8 der Tagesordnung: „Die internationale Sozialgesetzgebung".

Er weist auf die rasche Entwicklung der internationalen Gesetzgebung seit dem Kriege hin. Wenn, wie er annimmt, die Reparationsfrage in diesem Jahre gelöst wird, kann ein großer industrieller Aufschwung vorausgesehen werden. Wir müssen schon jetzt alles tun, damit wir der Reaktion gewappnet gegenüberstehen. Das Programm, das er in seinem Referat vorschlägt, lehnt sich an das Berner Programm von 1919 an. Nur ist ein wichtiger Punkt hinzugefügt worden, nämlich, daß immer mehr in den Vordergrund des Interesses tretende Wohnungsproblem.

Smit (Privatangestellte) bemerkt, daß die im Referat angegebenen Richtlinien für die internationale Sozialgesetzgebung sich fast ausschließlich auf die Handarbeiter beziehen. Er möchte auch die speziellen Forderungen der Kopfarbeiter berücksichtigt wissen.

Bramley (England) erklärt das Programm im Namen der englischen Delegation annehmbar, aber nur als Ausgangspunkt für umfassendere Pläne auf dem Gebiete der internationalen Sozialgesetzgebung. Man vermißt in dem Referat Hinweise auf die Notwendigkeit der Verstaatlichung der Industrien und Bergwerke. Die Richtlinien stimmen ungefähr mit denjenigen des Internationalen Arbeitsamtes überein. Wir müssen unser Ziel weiter stecken.

Purcell (Vorsitzender) schlägt vor, die Vorschläge Bramleys an die betreffende Kommission zu verweisen.

Es folgt Besprechung des Punktes 9 der Tagesordnung: „Internationaler Kampf gegen Krieg und Militarismus". Referent **Jouhaux** (aus dringenden Gründen vorübergehend nach Paris zurückgekehrt). Zu diesem Punkt bemerkt **D'Aragona** (Italien), daß der Bericht Jouhaux' für gewisse Fälle auch den Generalstreik empfiehlt. Er hält es für wichtig, daß das Proletariat alles tut, um Kriege unmöglich zu machen. Er schlägt eine diesbezügliche Resolution vor, die ebenfalls an die eingesetzte Kommission überwiesen wird.

Hierauf folgt das Referat **Mertens** über den internationalen Kampf um den Achtstundentag. **Mertens** sagt u. a., es werde den Unternehmerseite immer behauptet, daß der Achtstundentag die Produktion vermindere und man in anderen Ländern länger arbeite. Er illustriert die Unrichtigkeit dieser Argumente und führt besonders aus, daß bessere Betriebsmethoden und Einrichtungen zur Erhöhung der Produktion beitragen können.

Buozzi (Italien) führt in diesem Zusammenhang aus, daß die berufliche Ausbildung der Arbeiter seit dem Kriege sehr stark vernachlässigt worden sei und auch das Rohstoffproblem immer noch große Schwierigkeiten bereite. Er möchte ferner, daß in der Frage des Mitbestimmungsrechtes der Arbeiter ein deutlicher Unterschied zwischen dem Mitbestimmungsrecht im Arbeitsverhältnis, das in mehreren Ländern durch die Betriebsräte verwirklicht ist — und dem Anteil der Arbeiter an der eigentlichen Leitung gemacht werde. Auch dieses Problem wird der betr. Kommission überwiesen.

Es werden acht verschiedene Kommissionen ernannt, die den Mittwoch für ihre Sitzungen reservieren.

Donnerstag, 5. Juni, wird das Plenum wieder Sitzungen abhalten. Der Kongreß wird auf Donnerstagmorgen 9 Uhr vertagt.

•

Morgensitzung vom 5. Juni 1924.

Vorsitzender: Purcell. Beginn: 9.30 Uhr.

Der Präsident schlägt vor, zur Berichterstattung der Kommissionen überzugehen. Oudegeest spricht zunächst über den Verlauf der Diskussion in der Kommission für die organisatorischen Beziehungen zwischen dem J.G.-B. und den Internationalen Berufssekretariaten. Es wird beschlossen, die in der Konferenz mit den Berufssekretariaten am 30. Mai angenommene Resolution betr. die Ernennung von drei Vertretern der Berufssekretariate in den Vorstand zur Ratifizierung zu unterbreiten. Oudegeest teilt ferner mit, daß die Vertreter der Berufssekretariate, die an den Debatten der Kommission teilnahmen, einstimmig folgende Erklärung abgegeben haben:

Erklärung:

„Die Vertreter der Internationalen Berufssekretariate erklären, daß sie die Zusammenarbeit mit dem Internationalen Gewerkschaftsbund als nötig erachten, und deshalb dem Passus: „Sollten Internationale Berufssekretariate in die Notwendigkeit versetzt werden, von diesen Regeln abzuweichen, so sind sie gehalten, sich vorher mit dem Vorstand des Internationalen Gewerkschaftsbundes oder wenigstens mit einer Konferenz zwischen dem Bureau des J.G.-B. und den drei Vertretern der Internationalen Berufssekretariate in Verbindung zu setzen", im Sinne des Absatzes 4 der Richtlinien für die Internationalen Berufssekretariate zustimmen. (Dieser legt fest, in welchen Fällen Organisationen der dem J.G.-B. angeschlossenen Landeszentralen von Berufssekretariaten aufgenommen werden können.)"

Nachdem Oudegeest betont hat, daß die neuen organisatorischen Verbindungen die richtige Einheitsfront der internationalen Arbeiterbewegung schaffen werden, folgt eine Diskussion über die Frage der Ernennung von drei Vertretern der Internationalen Berufssekretariate in den Vorstand. Brantler wendet sich gegen diesen Antrag, weil diese drei Vertreter von den Berufssekretariaten selbst vorgeschlagen werden und der Kongreß auf diese Weise einen Teil der Leitung an nicht vom Kongreß gewählte Personen übertragen würde. Nachdem Lindlöf (Schweden) den Antrag gestützt hat, die Vertreter der Berufssekretariate vom Kongreß ernennen zu lassen — was Zimmern energisch zurückweist —, wird der Antrag des Vorstandes betreffend die Ernennung der Vertreter mit 41 gegen 11 Stimmen (Bulgarien und Großbritannien) und 4 Enthaltungen angenommen.

Der Bericht der Kommission wird einstimmig gutgeheißen.

Hierauf folgt Punkt 7 der Tagesordnung: Die Stellung des J.G.-B. in der internationalen Arbeiterbewegung. Nach ausführlichen Darlegungen Grazmanns, der im Namen des erkrankten Berichterstatters Leipart spricht, wird eine Resolution vorgeschlagen, die in ihren Hauptzügen die Schlußfolgerungen Leiparts wiedergibt. Sie wird ohne Diskussion einstimmig angenommen.

Resolution.

1. Die Stellung des J.G.-B. in der internationalen Arbeiterbewegung ist bedingt durch die grundsätzliche und taktische Haltung der ihm angeschlossenen gewerkschaftlichen Landeszentralen.

2. Gemeinsames Ziel der Gewerkschaften ist die Verbesserung der ökonomischen und sozialen Lage der Arbeiterklasse durch organisierte Selbsthilfe. Staatliche soziale Reformen und Gesetze zum Schutze der Arbeiter sind geeignet, die Tätigkeit der Gewerkschaften wirksam zu ergänzen, ihre Erfolge zu festigen und ihren Kampf zur Befestigung der Lohnsklaverei und des Kapitalismus zu erleichtern.

3. Neben dem Kampf für die Hebung ihrer wirtschaftlichen und sozialen Lage und für die Verwirklichung ihres Mitbestimmungsrechtes in der Wirtschaft müssen die Arbeiter sich auch die politische Freiheit und ihren unbeschränkten Einfluß im Staatsleben erkämpfen. Die Führung dieses politischen Kampfes ist Aufgabe der politischen Arbeiterparteien.

4. Die Gewerkschaften als die wirtschaftliche Interessenvertretung der Arbeiter müssen jedoch, soweit es die Erfüllung der Aufgaben in ihrem Tätigkeitsbereich erfordert, auch auf die Politik des Staates einwirken, wie es die Unternehmerverbände ebenfalls tun. Sie treten damit aber nicht in den Dienst einer politischen Partei und können ihre Tätigkeit nicht von einer politischen Partei abhängig machen. Die Gewerkschaften müssen unabhängig sein.

5. Von allen politischen Parteien haben bisher allein die selbständigen Arbeiterparteien, die sich zur politischen Demokratie und zum Sozialismus bekennen, die Forderungen der Gewerkschaften mit Entschiedenheit in den Parlamenten vertreten. Deshalb stehen die sozialdemokratischen Parteien den Gewerkschaften am nächsten.

6. Die kommunistischen Parteien erstreben die Herrschaft über die Gewerkschaften. Sie wollen nach dem Diktat der Kommunistischen Internationale die Leitung der Gewerkschaften an sich reißen, um die organisierten Arbeitermassen für ihre Parteiziele zu gebrauchen. Den gewerkschaftlichen Kampf der Arbeiterklasse sehnen sie ab, sie verunglimpfen die Gewerkschaftsbewegung und scheuen in ihrer Bekämpfung der Gewerkschaften vor keinem Mittel zurück. Die in zahlreichen Ländern eingetretene Zersplitterung der Arbeiterbewegung und die hieraus resultierende Erstarkung der wirtschaftlichen und politischen Reaktion ist hauptsächlich ihr Werk. Die Kommunistische Internationale hat die Rote Gewerkschaftsinternationale zu dem Zweck errichtet, den J.G.-B. zu bekämpfen und zu vernichten.

7. Die Gewerkschaften in allen Ländern sind gezwungen, Abwehrmaßnahmen hiergegen zu ergreifen. Sie müssen sich dagegen zur Wehr setzen, daß durch die Methode der kommunistischen Zellen und durch die Spaltungsversuche der kommunistischen oder irgendwelche andere Parteien die gewerkschaftlichen Organisationen zerstört werden und damit die Arbeiterklasse ihrer besten Waffen gegen die Reaktion und gegen den Kapitalismus beraubt wird.

8. Der Internationale Gewerkschaftsbund hat die Aufgabe, neben der allgemeinen Förderung der Gewerkschaftsbewegung die Gewerkschaften der einzelnen Länder in der Befolgung der vorstehenden Grundsätze zu unterstützen. Er soll den Geist der Gemeinsamkeit der Interessen wecken und wachhalten und für die Durchführung einheitlicher Leitgedanken in der allgemeinen Gewerkschaftspolitik tätig sein. Seine besondere Pflicht ist es, dauernd für eine Einigung der Arbeiterklasse der ganzen Welt zu wirken.

Die Berichterstattung und die Diskussion über Punkt 9 der Tagesordnung: Internationaler Kampf gegen Krieg und Militarismus, nimmt den Rest der Morgensitzung sowie die bis drei Uhr dauernde Nachmittagssitzung in Anspruch. Nach Ansprüchen Ben Tillets und Jouhaux' wird die Resolution unter großem Beifall einstimmig angenommen:

Resolution.

Der vom 2.—7. Juni in Wien tagende Internationale Gewerkschaftskongreß bestätigt die früheren Resolutionen gegen Krieg und Militarismus und erinnert die nationale und international organisierte Arbeiterklasse an ihre Pflicht, sich dem Kriege entschieden zu widersetzen: durch Stillegung der Waffen- und Munitionsindustrie sowie des Transports von Kriegsmaterial, den wirtschaftlichen Boykott und den internationalen Generalstreik.

Der Kongreß erklärt, daß es Pflicht der Gewerkschaftsorganisationen aller Länder ist, durch eine unausgesetzte Propaganda für die Beseitigung des Völkerhasses zu arbeiten und auf eine neue Organisation der Völkerbeziehungen hinzuwirken, die sich auf gegenseitige internationale Hilfe, auf Anwendung des internationalen Rechtes und des obligatorischen Schiedsgerichts gründet.

In der Erkenntnis, daß das allgemeine Wohl der Völker nur gesichert werden kann durch eine allgemeine Abrüstung, erklärt der Kongreß als dringend notwendig:

1. **Durchführung einer Kontrolle für die Waffen- und Munitionsindustrie sowie den Handel mit Kriegsmaterial.**
2. **Einberufung einer internationalen Konferenz zwecks Unterbrückung der privaten Herstellung von Kriegsmaterial und Herbeiführung eines allgemeinen Verbots der Fabrikation und des Handels für alle Arten von Kriegsmaterial.**

Der Kongreß beauftragt das Bureau des Internationalen Gewerkschaftsbundes, seine auf die Erziehung der Massen, namentlich der arbeitenden Jugend und der Frauen, auf die Stärkung der für den Frieden arbeitenden Kräfte der Welt gerichteten Bestrebungen fortzusetzen.

In Ausführung dieser Beschlüsse und unter feierlicher Bekräftigung der vom Vorstand auf seiner Sitzung vom 8.—9. November 1923 angenommenen Resolution betreffend die Organisation eines internationalen Anti-Kriegstages am 21. September dieses Jahres fordert der Internationale Gewerkschaftskongreß die Arbeiter aller Länder auf, alles zu tun, um zu erreichen, daß diese Manifestation eine der jetzigen Weltlage angemessene Bedeutung erhält und dementsprechenden Widerhall findet.

•

Freitag, 6. Juni 1924.
(Vormittagssitzung.)

Vorsitzender: A. A. Purcell.

Smit (Privatangestellte) referiert über die internationale Sozialgesetzgebung. Die zur Besprechung dieser Frage eingesetzte Kommission war im allgemeinen mit dem von Oudegeest verfaßten Bericht einverstanden. Smit schlägt einige kleine Abänderungen vor und lädt den Vorstand ein, zu untersuchen, ob das System des Familienlohnes und der Kinderzulage für die Arbeiter von Vorteil sei. Die englische Delegation schlägt vor, auch die Nationalisierung im Programm aufzunehmen. Obwohl der J.G.-B. die Verstaatlichung anstrebt, wurde es nicht als erwünscht erachtet, diesen Punkt in einem Arbeitsprogramm für soziale Gesetzgebung aufzunehmen.

Bei der Abstimmung wird das Programm einstimmig angenommen. Ferner hieß die Kommission folgende Resolution einstimmig gut:

„Der Internationale Gewerkschaftskongreß in Wien nimmt Kenntnis von der großen sozialpolitischen Errungenschaft, welche den Bäckereiarbeitern durch die gesetzliche Abschaffung der Nacht- und Sonntagsarbeit in den Bäckereien und Konditoreien zuteil wird. Der Kongreß nimmt ferner zur Kenntnis, daß der Internationalen Arbeitskonferenz ein Entwurf zu einem internationalen Uebereinkommen betr. die gesetzliche Beseitigung der Nachtarbeit zur Beratung unterbreitet worden ist. Der Kongreß fordert die Vertreter der Arbeiter auf der Internationalen Arbeitskonferenz auf, für die berechtigten Forderungen der in der Internationalen Union der Lebensmittelarbeiter zusammengeschlossenen Bäckereiarbeiterorganisationen mit aller Entschiedenheit einzutreten."

Der Vorsitzende spricht hierauf einige Worte über den gewaltigen zu Ehren des Internationalen Gewerkschaftskongresses von den österreichischen Schutztruppen organisierten Aufmarsch der Wiener Arbeiterschaft am 5. Juni. Noch nie marschierten bei einer Demonstration so vielige Arbeitermassen auf. Bei strömendem Regen zogen sie unter begeisterten Hochrufen auf die Internationale stundenlang an den Delegierten der Gewerkschafts- und der politischen Internationale vorbei.

Unter donnerndem Beifall schlug der Präsident vor, den Schutztruppen als Dankbezeugung eine internationale Fahne zu stiften. Er weist dabei auf die jahrelangen Leiden der österreichischen Arbeiter hin, die trotz allem den Kampfesmut nicht verloren haben und mächtiger als je organisiert sind.

Hupert (Oesterreich) dankt im Namen der österreichischen Gewerkschaftskommission für die Sympathiebezeugung.

Hierauf spricht **Albert Thomas** im Namen des Internationalen Arbeitsamtes. Er weist auf die Leistungen und den wachsenden Einfluß des Int. Arbeitsamtes hin. Andererseits ist die Macht, die die Arbeiterklasse seit dem Kriege entwickelt hat, so groß, daß eine Lockerung der Bande, wie sie im Jahre 1914 festgestellt werden konnte, wohl nicht mehr in Frage kommt. Deshalb kann man auch damit rechnen, daß bei neuen Kriegsdrohungen die Einheit der Arbeiter eine sichere Gewähr für die Aufrechterhaltung des Friedens sein wird.

Dr. Deutsch (Oesterreich), der Organisator der Schutztruppen, ergreift unter großem Beifall das Wort und führt aus, daß die Schutztruppen keinen aggressiven Charakter haben, sondern ausschließlich zum Schutz der Republik aufgestellt worden seien. Gegenüber den Umtrieben der Reaktion stellen wir unsere eigene Macht. Die angebotene internationale Fahne soll in guten und schlechten Zeiten ein Wahrzeichen der internationalen Solidarität sein.

Hierauf spricht **Sassenbach** als Referent der Geschäftsberichtskommission, die folgende drei Resolutionen vorschlägt:

Finanzfrage.

Die Kommission empfiehlt dem Kongreß, die Entscheidung über einen Fonds mit freiwilligen Beiträgen bis zum nächsten Kongreß zurückzustellen.

Sie empfiehlt ferner, den Beitrag auf 12 holl. Gulden pro Jahr und 1000 Mitglieder festzusetzen. Es wird erwartet, daß auch die Länder mit niedriger Valuta diesen Beitrag begleichen.

Falls dies absolut unmöglich sein sollte, muß das betr. Land einen entsprechenden Antrag an den Verwaltungsrat richten.

Im Falle, daß verschiedene Länder ihrer vollen Beitragspflicht nicht nachkommen, wird der Verwaltungsrat beauftragt, in Uebereinstimmung mit den Landeszentralen für eine Angleichung der Finanzlage zu sorgen."

Amsterdam und Moskau.

„Nach Kenntnisnahme des Berichts über die Unterhandlungen zwischen dem Bureau und dem allrussischen Gewerkschaftsrat, spricht der Kongreß sein Bedauern darüber aus, daß die russischen Gewerkschaften infolge ihrer Weigerung, die von den autorisierten Vertretern der bedeutendsten Gewerkschaften der ganzen Welt anerkannten Statuten und Verfassungsbestimmungen des Internationalen Gewerkschaftsbundes anzuerkennen, noch immer dem J.G.-B. fernbleiben.

Der Kongreß empfiehlt dem Bureau, insoweit es möglich sein wird, ohne die Würde des J.G.-B. zu verletzen, seine Bemühungen fortzusetzen, um die Einverleibung der russischen Gewerkschaften auf Grund der Statuten und Bestimmungen des J.G.-B. in die internationale Gewerkschaftsbewegung herbeizuführen."

„Der Dritte Ordentliche Internationale Gewerkschaftskongreß billigt die bisherige Tätigkeit des Vorstandes in der Bekämpfung der internationalen Reaktion und ersucht den Vorstand, hierin mit verstärktem Nachdruck fortzufahren. Es müssen alle zur Verfügung stehenden Mittel angewandt werden, damit die Ketten der Reaktion endgültig gebrochen und dem internationalen Proletariat die Freiheit der gewerkschaftlichen Betätigung sichergestellt wird.

Der Kongreß spricht den Opfern der Reaktion seine Sympathie und unverbrüchliche Solidarität der international organisierten Arbeiterklasse aus. Insbesondere sendet er dem italienischen Proletariat, dessen gewerkschaftliche Betätigung zur Sicherung angemessener Lohn- und Arbeitsbedingungen durch die faschistische Reaktion unterbunden ist und das unter dem Druck der Gewaltherrschaft leidet, die brüderlichen Grüße der gesamten internationalen Arbeiterschaft. Die Delegierten ermächtigen den Vorstand, in allen notwendigen Fällen den italienischen Klassengenossen mit allen zu Gebote stehenden Mitteln zur Hilfe zu kommen und das Vordringen des Faschismus in den übrigen Ländern mit aller Kraft zu verhindern.

Der Faschismus ist eine Waffe des internationalen Kapitalismus, er kann deshalb auch nur durch die geschlossene Abwehr der vereinigten Arbeiter aller Länder überwunden werden."

Eine vierte Resolution betreffend das Verhältnis zwischen dem J.G.-B. und dem Internationalen Arbeiterinnenbund ist bereits im Pressebericht Nr. 20 veröffentlicht worden.

Nach kurzen Darlegungen des Referenten über die Finanzfrage, und nachdem Genosse **Fimmen** dringend ersucht hatte, die Stelle der Resolution „Amsterdam und Moskau" betreffend die Würde des J.G.-B. wegzulassen, wurden die vier Resolutionen einstimmig angenommen. Eine Resolution der Bergarbeiterinternationale über das Reparationsproblem und die Lage der deutschen Bergarbeiter wurde vom Kongreß einstimmig gutgeheißen.

Nachdem beschlossen worden war, den nächsten Kongreß in Paris abzuhalten, ergreift **Brown** als Referent der Statutenkommission das Wort. Die Kommission schlägt verschiedene Aenderungen vor, von denen wir die wichtigsten folgen lassen. Der ordentliche Kongreß soll alle drei Jahre abgehalten werden. Es soll eine andere Gruppierung der Länder für den Vorstand vorgenommen werden. Die Abstimmungsmethode für den Kongreß wird so abgeändert, daß die Stimmen der kleinen Länder mehr Gewicht erhalten. Die Aenderungen werden einstimmig angenommen.

Mertens referiert hierauf im Namen der Kommission über die Geschäftsordnung. Die Kommission ist einstimmig der Ansicht,

---

Was ist eine Kalorie?

Was ist die Nährwerteinheit, nach welcher eine Abschätzung der einzelnen Nahrungsmittel möglich ist? Man ist seit langem gewohnt, den menschlichen Stoffwechsel unter dem Bilde der Verbrennung zu betrachten und bezeichnet darum die Nährwerteinheit als eine Wärmequelle von bestimmter Größe, die imstande ist, 1 Kg. Wasser um 1 Grad zu erwärmen. Der lateinische Name für diese Einheit heißt Kalorie. Drücken wir die „Kalorie" in Bewegung statt in Wärme aus, so müssen wir sagen: 1 Kalorie ist gleich 426 Meterkilogramm, kann also 426 Kg. 1 Meter hoch heben. Der Kaloriengehalt der einzelnen Nahrstoffe ist ein ganz verschiedener, verschieden schon bei den Grundformen unserer Nahrung, Eiweiß, Kohlehydraten (Mehl, Zucker, Gemüse) und Fett. Es bedeutet:

1 Gramm Eiweiß	=	4,1 Kalorie
1 Gramm Kohlehydrat	=	4,1 Kalorie
1 Gramm Fett	=	9,3 Kalorie

Schon diese wenigen Zahlen beweisen uns, daß im Fett die meisten Kraft aufgespeichert sind und erklären uns somit den höheren Preis für fetthaltige Nährstoffe. Wie verhalten sich nun die einzelnen Nahrungsmittel, welche die Hausfrau auf dem Markte kauft, zueinander bezüglich ihres Kaloriengehaltes? Hier muß vor allem auf zwei Punkte geachtet werden: Auf den Wassergehalt und auf die Verdaulichkeit. Hoher Wassergehalt eines Nahrungsmittels bedeutet eine Verminderung des Nährwertes. Andererseits können nur jene Kalorien in Anrechnung gebracht werden, die der menschliche Körper wirklich aus dem Nahrungsmittel erschließen kann. Was unverdaut abgeht, hat keinen Nährwert. Dieser Unterschied drückt sich deutlich in folgenden Zahlen aus: Es liefern je 100 Gramm Schwarzbrot 220 Kalorien, Erbsen 310, Mehl 320, Reis 350 und Kartoffeln 90 Kalorien. Wie schon oben angedeutet, ist der Kaloriengehalt nicht der einzige Preisbildner, es kommen noch viele andere Dinge, wie Bekömmlichkeit, Geschmack, gebotenes Angebot mit in Frage. Andererseits aber kann nicht nach dem Kaloriengehalt allein der Ernährungsplan aufgestellt werden. Es muß ein bestimmtes Verhältnis zwischen Eiweiß, Fett und Kohlehydraten eingehalten werden, es dürfen Salze und Reizstoffe nicht fehlen. Endlich spielen auch gewisse Ergänzungsstoffe (Vitamine) eine erst in den letzten Jahren näher erforschte Bedeutung im gesamten Ernährungsplan für Menschen und Tiere.

daß alles getan werden muß, um den Achtstundentag aufrecht zu erhalten. Ferner soll er in jenen Ländern eingeführt werden, wo er noch nicht besteht, und zwar gesetzlich.

Die Kommission hält die Frage für so wichtig, daß sie dem Kongreß bittet, das Referat Mertens nebst Kommentaren und vorgeschlagenen Resolutionen als Broschüre herauszugeben. Die Resolution über den Achtstundentag lautet wie folgt:

Der internationale Kampf um den Achtstundentag.

„Der vom 2.—7. Juni 1924 in Wien tagende Internationale Gewerkschaftskongreß billigt den von Genossen Mertens dem Kongreß vorgelegten Bericht zum Punkt 10 der Tagesordnung „Der Kampf um den Achtstundentag" und erklärte sich mit der vom Bureau des J. G.-B. am 11. Januar 1924 angenommenen Resolution einverstanden.

Der Kongreß betrachtet diese Resolution als ein Programm, auf dessen Durchführung hingewirkt werden muß, und den dringenden Notwendigkeiten der Gegenwart sowie den Möglichkeiten des Augenblicks Rechnung tragend, erklärt der Kongreß, daß der unausgesetzte Kampf für den Achtstundentag und die 48-Stundenwoche unter den Aktionen des J. G.-B. an erster Stelle stehen muß. Er beschließt:

1. Es ist eine allgemeine internationale Kampagne vorzubereiten mit folgendem Programm:
   a) Aufrechterhaltung des Achtstundentages.
   b) Wiedereroberung der verloren gegangenen Errungenschaften.
   c) Eroberung des Achtstundentages in allen jenen Ländern, wo er noch nicht eingeführt ist.
   d) Ratifizierung der Washingtoner Konvention.
   e) Endgültige Regelung der Reparationsfrage.
2. Das Bureau und der Vorstand des Internationalen Gewerkschaftsbundes werden beauftragt, diese Kampagne vorzubereiten und zu organisieren und sollen sich mit den verschiedenen angeschlossenen Organisationen über diesen Gegenstand ins Einvernehmen setzen, um in der voraussichtlichen Weise alle Notwendigkeiten und Möglichkeiten der Aktion in jedem einzelnen Lande Rechnung zu tragen.
3. Bezüglich der Eroberungen des Achtstundentages in jenen Ländern, wo diese Forderung noch nicht durchgesetzt ist, soll auf die Landeszentralen Frankreichs und Großbritanniens eingewirkt werden, damit diese ihren ganzen Einfluß aufbieten, um auch den Arbeitern jener Länder, die unter dem Protektorat der oben erwähnten Staaten stehen, die gesetzlich festgelegten Vorteile zu sichern.
4. Betreffend die Aufrechterhaltung der Eroberung des Achtstundentages obliegt den Landeszentralen und den ihnen angeschlossenen Organisationen die Pflicht, bei Schließung von Kollektivkontrakten der Aufnahme aller Klauseln entgegenzuwirken, die das Prinzip dieser bedeutsamen Reform gefährden können.
5. Betreffend die Regelung des Reparationsproblems, von der der Wiederaufbau Europas und die Sicherung eines dauernden Friedens abhängen, beauftragt der Kongreß das Bureau des J. G.-B., alles zu unternehmen, was in seinen Kräften steht, um in dem endgültigen Vertrag die Aufnahme einer Klausel zu erwirken, die die Rechte und Errungenschaften der deutschen Arbeiter schützt.
6. Das Bureau des J. G.-B. wird beauftragt, in Hinsicht auf eine gemeinsame Aktion und zugunsten folgender Bestrebungen die mit der Sozialpolitischen Internationale begonnenen Besprechungen fortzusetzen:
   a) Die Ratifizierung der Konvention von Washington.
   b) Die Annahme eines Achtstundengesetzes in allen Ländern, die sich bisher dieser Pflicht entzogen haben.

Der Kongreß ist der Meinung, daß ein Gelingen dieser Bemühungen in einer mehr oder weniger nahen Zukunft nur durch das einmütige Vorgehen der Arbeiter zu erwarten ist und erichtet einen dringenden Appell an die Arbeiter der ganzen Welt, sich der internationalen Gewerkschaftsbewegung anzuschließen, die ihnen die praktische und vollkommene Verwirklichung des Achtstundentages und der 48-Stundenwoche sichern wird."

Diese Resolution wird einstimmig angenommen.

Nachdem die Wahlkommission ihre Geschäfte erledigt hat, teilt Gassenbach mit, daß diese vorschlägt, das Bureau in seiner Gesamtheit wieder zu wählen. Was den Vorstand betrifft, ist es wegen Zeitmangels nicht möglich, für alle Länder Vertreter zu wählen. Bei Ländern, die noch keine Vertretung unterbreitet haben, wird der Vorstand selbst die Angelegenheit regeln. Dieser Antrag wird einstimmig angenommen.

Nach warmen Worten des Dankes an die österreichischen Genossen für die glänzende Organisation des Kongresses und nachdem der Vorsitzende der Hoffnung Ausdruck gegeben hatte, daß Amerika und alle andern noch nicht angeschlossenen Länder bald den Weg zu uns finden werden, wird der Kongreß unter Absingung der Internationale geschlossen.

Soziale Rundschau.

Der Rat unserer sozialen Ärzte

kam auf der jetzt abgeschlossenen Tagung des Deutschen Vereins für öffentliche Gesundheitspflege in Hamburg zum Ausdruck. Die Stadträte Dr. Schlosser, Frankfurt a. M. und Professor Dr. Brückmann, Hamburg, sprachen über die große gesundheitliche Gefahr, in der sich unser Volk heute befindet. Die zweite große deutsche Hungerperiode der großen Massen fängt an!, so hieß es. Wir merken die schädlichen Folgen der Wohnungsnot. Die Frauenarbeit nimmt als Folge der niedrigen Löhne der Männer zu. Das Stillen der Säuglinge nimmt ab. Der Sinn für Reinlichkeit wird überhaupt. Seuchen wie Influenza und Ruhr kommen wieder heimatberechtigt und Pocken und Schlafkrankheit brechen vom Auslande her. Aber trotzdem krasse Brutalität im Unternehmertum und stumpfsinnige Kurzsichtigkeit so oft in den Bevölkerungen, wo nur weiter Blick helfen kann. Die Zeit ist ernst, überaus ernst. Wenn da nicht unser Volk geschlossen zusammensteht, kann der Schaden unermeßlich sein.

Die Ueberarbeitung der Frau.

Untersuchungen von Roth haben bewiesen, daß die Ursache von Neurosen und Blutarmut bei den Arbeiterfrauen in den meisten Fällen die Ueberarbeitung ist. Auch wenn die gewerbliche Arbeit die Kraft der Frau nur mäßig in Anspruch nimmt, liegt meist Ueberarbeitung vor, da die Frau noch das Hauswesen mitversehen muß. Die wirtschaftliche Not des Proletariats hat heute wieder viele Frauen zur Mitarbeit gezwungen. Das bedeutet aber zugleich eine Gefahr für die Nachkommenschaft. Fehlgeburten, Totgeburten, lebensschwache Kinder und große Sterblichkeit im ersten Lebensjahre sind vielfach die Folge dieser Ueberarbeitung. Darum verlangen sowohl die Kultur der Familie wie die Wohlfahrt des Volkes eine ausreichende Entlohnung der Arbeiter.

Wo bleiben die proletarischen Frauen?

Zwei englische Aerzte haben in Deutschland Untersuchungen an Kindern angestellt, über die sie im „Sonnet" berichten. In allen Städten ist die Not des Kindes groß. Besonders leiden die Kinder im Alter von 3—5 Jahren. Aber nicht minder die Säuglinge. Die Hälfte der Säuglinge aus der Arbeiterschaft stand immer in einer ganzen Anzahl von Städten im Gewicht hinter dem normalen Gewicht zurück. Jetzt sind zwei Drittel der Säuglinge bei Proletariats unter dem Normalgewichte. Aber trotzdem suchen Frauen immer noch ihre Männer von der Erfüllung ihrer proletarischen Organisationspflichten abzuhalten! Trotzdem wählen, wie jetzt wieder Bayern gezeigt hat, noch Tausende von Frauen ihre Gegner!

Kultur der Brustheil.

Durch die sächsische Landesstelle für öffentliche Gesundheitspflege wurden aus 29 Schriftgießereien 34 Staubproben untersucht. Dabei wurde ein Bleigehalt bis zu 22,5 Prozent festgestellt. Wie der Bundesgewerbearzt Dr. Thiele in der „Münch. med. Wochenschrift" mitteilt, kann der Bleigehalt bei einwandfreier Raumgestaltung bis auf 0,17 Prozent sinken. Er kann also fast gleich null sein, während das Blei in Wirklichkeit fast ein Viertel des Staubes bedeutet. Das ist die soziale Gestaltung der Arbeit im Kapitalismus.

Einer besseren Zukunft entgegen!

Von Anatole France.

(F. G.-B.) Wir wollen, daß der Friede nicht mehr gestört werde. Und wir wollen dies mit aller Entschiedenheit. Ernste Männer und ernste Zeitungen verfechten jetzt nicht mit großer Strenge vor uns Blutbäuten und mit Spott und Sarkasmus. Im Grunde freilich sind diejenigen, die uns am schärfsten tadeln, ebenfalls Freunde des Friedens und sie wollen ebenfalls wie wir den Krieg.

Aber sie wollen ein bündiges Bestehen der Drohung. Sie wollen die Gefahr ableiten aber doch immer gegenwärtig. Die Höllenmaschine soll nicht losgehen, aber sie soll geladen bleiben. Darum die ewigen Kriegsbetrachtungen, die abhängig von den Führern der reaktionären Parteien und den nationalistischen und gewaltsüchtigen Zeitungen geschärft werden.

Diejenigen, die diese unheilvollen Gerüchte in Umlauf setzen, glauben selbst nur halb, oft genug aber überhaupt nicht an sie. Aber sie finden ihre Rechnung dabei, das Volk daran glauben zu machen. Diese Berufe sind übermäßig bezahlt. Die sind politischer und finanzieller Natur. Ein Ruf mit dem Krieg vor der Tür reicht, um Ruhen ist sehr leicht zu regieren. Es verlangt keine sozialen Reformen, und wenn es doch Proletarier gäbe, die genug eigensinnig wären, von der Regierung und den Deputierten die Verwirklichung von Gesetzen über anwendbarsten Freiheiten oder den Achtstundentag zu verlangen, so wären alle die weisen Herren, die uns regieren, sofort mit der Antwort bei der Hand: Proletarier! Dies ist nicht der Augenblick, eine Verbesserung eures Schicksals zu verlangen! Wir dürfen an nichts anderes denken, als Kanonen zu gießen.

Und wozu wäre hierzu? zu erwidern?

Internationaler Anti-Kriegstag 1924

am 3. Sonntag im September.

Ein Volk, das vom Kriege und der Inflation bedroht ist, wird bei Abrüstungsangelegenheiten und Kriegslieferungen leicht mit sich reden lassen. Und das ist für Finanz und Industrie, die mit dem Proletariat, das ein außerordentlich Gefährlich machen, eine vortreffliche Sache.

Der Weltfriede wird kommen, nicht etwa weil die Menschen um so vieles vernünftiger werden dürften — das ist kaum zu erhoffen —, sondern weil eine neue Ordnung, eine neue Wirtschaftsweise, neue wirtschaftliche Notwendigkeiten die Menschen zum friedlichen Zusammenleben zwingen werden, genau so wie die Lebensbedingungen sie ehedem zum Kriegszustand und zur Aufrechterhaltung des Krieges genötigt hatten. Um diese neue Aurora für die Zukunft zu verkünden, können wir notwendiger Weise durch eine Ausgestaltung und Vervollkommnung der Beziehungen zwischen Völkern und Rassen, durch eine rationelle Organisation der Arbeit und durch Erziehung der Verstehungen Einzelner der Welt.

Und dies ist durchaus kein Traum, keine Illusion, die zerstäuben wird!

Wir dürfen vielmehr sagen daß im Gegenteil jene träumen und sich täuschen, die, weil sie von Militarismus und von der gewaltsüchtigen Kolonisierung leben, sich im Glauben wiegen, daß die gegenwärtige Ordnung oder vielmehr Unordnung ewig dauern werde.

Aber glauben sie es denn wirklich?

Nein, sie tun sich nur bewußt, daß der Krieg nicht ewig dauern wird. Und sie wissen auch, wie man ihn führen, was ihn führen wird.

Sie wissen, daß sich die Völkerproletariate in nicht an ferner Zeit vereinigen und ein einziges Weltproletariat bilden werden und daß in Erfüllung des großen Losungsworts die brüderliche Vereinigung der Arbeit der Welt den Frieden bringen wird.

Gewerkschaftliches.

Die Schuhmacherbewegung Schwedens.

Der Tarifvertrag der schwedischen Schuhindustrie ist um ein weiteres Jahr verlängert. Die Frage, ob der Tarifvertrag für die schwedische Schuhindustrie gekündigt werden soll, wurde von den Mitgliedern des schwedischen Schuhmacherverbandes in einer Urabstimmung verneint. Da auch von seiten des Fabrikantenverbandes der Vertrag nicht gekündigt wurde, gilt derselbe noch ein weiteres Jahr. — Die Zahl der Verwaltungsstellen des schwedischen Schuh- und Lederarbeiterverbandes ist im Jahre 1923 von 58 auf 56 gesunken, wohrsch sich die Mitgliederzahl von 8878 auf 9064 erhöhte.

Geduldiger Radikalismus.

Die gewaltigen Leuna-Werke bei Merseburg hatten die Kommunisten zu einer Hochburg für sich gemacht. Der „Erfolg" war der, daß eine um die andere Position für die dortige Arbeiterschaft verloren ging, die Geldsucht aber und das Unorganisiertentwesen wieder zunahm. Trotzdem hieß es noch in den letzten Wochen: „Leuna den Kommunisten!" Die Fabrikdirektoren aber ließen Riesenwerke ging Tätlich mit der Anordnung der durchweg zu erfolgendem Verlängerung der Arbeitszeit auf neun Stunden einen großen Schritt weiter. Die Kommunisten spektakelten in sieben „Massenversammlungen", um dann dem Diktat der Direktion ohne jede Schwierigkeit zu folgen. In Westen der Bitterfeld, dem zweiten Leuna, hat der Kommunismus dem Werkabsolutismus ebenso erfolgreich in den Sattel gehoben. Die kommunistische Zerstörung der Arbeiterinteressen wird wohl noch häufiger den Großkapitalismus beraten „geschmettern".

Mitteilungen.

Bericht über die Bezirkskonferenz des Bezirks III am 1. Juni in Offenbach a. M.

Am Sonntag, 1. Juni 1924, vormittags 10 Uhr, traten im Offenbacher Gewerkschaftshause die Delegierten des Bezirks III zur ordentlichen Bezirkskonferenz zusammen. Es waren anwesend: 33 Delegierte, darunter 6 weibliche, 5 Bezirksvorstandsmitglieder und Kollege Fritz als Vertreter vom Hauptvorstand.

Bezirksleiter Kollege Kuhn eröffnete um 10½ Uhr die Konferenz, begrüßte die Delegierten auch herzlichst und erteilte zunächst Kollegen Jung von der Zahlstelle Offenbach das Wort.

Kollege Jung, bereits in langen Jahren als Organisationsverhältnisse der Zahlstelle Offenbach a. M., welche auf ein achtjähriges Bestehen zurückblicken kann. Er gedachte dabei der alten unseren alten Kämpfer, welche den Grundstein zur Organisation legten und durch ihre unermüdliche, aufopfernde Tätigkeit dazu beitrugen, die Zahlstelle Offenbach auf die heutige Höhe zu bringen. Auch gedachte er der schlechtesten harmatigen Kämpfe, welche ausgefochten wurden, die zum größten Teil mit Erfolg, aber auch mit Niederlagen endeten. Er forderte die anwesenden Kolleginnen und Kollegen auf, die Organisation weiter auszubauen und zu fördern, um für die Zukunft allen Gefahren gegenüber gewappnet zu sein, zum Wohle unserer gesamten Kollegenschaft.

Bezirksleiter Kollege Kuhn schlägt vor, das Bureau dem Bezirksvorstand zu übertragen; dem wurde nicht widersprochen.

Zum Geschäftsbericht verweist Kollege Kuhn auf den weiterhin gedruckten Bericht und ergänzt denselben. Er streife das Jahr 1922, welches schon mit einer allgemeinen Krisenstimmung endete, aber vom Anfangen Jahre 1923 mit allen seinen Krisenerscheinungen weit in den Schatten gestellt wurde. Wenn auch die Hauptschuhindustrie durch die Inflation nicht so stark betroffen wurde, so trat bei den anderen Betrieben, welche Stiefel-Schuhwerk herstellen, diese Krise ganz verstärkt in den Vordergrund hervor, daß Kurzarbeit bis herunter auf 6 Stunden pro Woche zu verzeichnen war und außerdem Entlassungen in größerem Umfange vorgenommen wurden. Weiter kommt Kollege Kuhn auf die abgeschlossenen Lohnverhandlungen zu sprechen, welche gewährleistet unsere Kollegen nicht betriedigt hatten. Auch wenn momentan der Abschluß der Verhältnissen entsprechend als gut zu bezeichnen war, so sorgte die rasende Geldentwertung dafür, daß bei der Auszahlung der Lohn auf einen kleinen Bruchteil geschrumpft war und der Arbeiter nicht damit anfangen konnte. Das Kurzarbeitsabkommen für den Winter wurde am 3. September von den dortigen Fabrikanten gekündigt und lief am 22. September 1923 ab.

Da die zentralen Lohnverhandlungen gegenüber den Löhnen der naturgemäßen Industrien in unserem Bezirk Meter zurückblieben, wurde hier versucht, einen Ausgleich zu schaffen. Es gelang und dieses, so daß wir zu den verdienten Löhnen folgende Prozentsätze für unsere Kollegen feststellen konnten: in der Woche vom 28. Juli bis 4. August 30 Proz., 4. bis 11. August 30 Proz., 18. bis 18. August 10 Proz., 10. bis 15. September 10 Proz., 17. bis 22. September 15 Proz., 1. bis 6. Oktober 10 Proz., 7. bis 14. Oktober 100 Proz. und vom 22. bis 27. Oktober 1923 125 Prozent. Am 11. August 1923 wurde dieses Abkommen bei den zentralen Verhandlungen in Würzburg festgelegt, und zum Teil durch die dortige Bezirks-Tarifkommission vereinbart oder festgelegt. Es wurde mit Recht kritisiert, daß diese Kollegen diese Abmachung nicht verstanden auszunützen, vor allem traf dies zu bei den Vertretern im dortigen Gebiet und bei den Hausschuhfabrikanten. Die Bezirks-Tarifkommission wurde in 25 Fällen angerufen, welche bis auf zwei Fälle zu unseren Gunsten entschieden wurden. Auch mußte Kollege Kuhn durch persönliche Vertretung bei vielen Firmen Differenzen schlichten, welche zum größten Teil mit Erfolg für unsere Kollegen ausfielen. Im Schuhgewerbe machte sich die Krise auch stark bemerkbar, so daß es immer schwieriger wurde, für die betreffenden Kollegen angemessene Löhne an den Schichtungsanstalten durchzusetzen. In Maina und in Heidelberg wurde je eine Konferenz der Vertrauensleute abgehalten, welche sich hauptsächlich mit der Ausgestaltung des Reichstarifvertrages beschäftigte. Als tranziges Kapitel wurde noch die Beitragsabführung besprochen. In einzelnen Zahlstellen waren die Kollegen von den gelösten Verbandsangelegenheiten abgekommen, wonach jeder Kollege jede Kollegin nach seinem Stundenverdienst bemessen auch die betreffende Beitragsmarke zu kleben hat. Auch stimmte bei zwei Zahlstellen die Kasse mit den Beisagen und Geld nicht überein, was zum besonders einer scharfen Kritik unterzogen wurde. Die Mitgliederstand betrug am Schlusse des Jahres 1923 im Bezirk III: 4071 männliche und 6469 weibliche, zusammen 10.540 Mitglieder.

Kollege Fischer-Frankfurt a. M. gab einen kurzen Bericht über die Tätigkeit des Beirats. Er kam auf verschiedene Aufklärungen des Kollegen Kuhn zu sprechen und rechtfertigte im allgemeinen die Beschlüsse der Beiratssitzungen.

In der Diskussion wurde von Kollegen Wenzel die Tätigkeit des Bezirksleiters als gut anerkannt, gleichzeitig aber das Verhalten und die falsche Einstellung einzelner Kollegen gerügt.

Zum Bezirksleiter wurde Kollege Kuhn einstimmig wiedergewählt. Auch Kollege Fischer wurde einstimmig als Beiratsmitglied gewählt, als Ersatz Kollege Bickel-Offenbach.

Anschließend wurden die Anträge des Hauptvorstandes zum Verbandsblatt und Antrag der Ortsstellen besprochen, welche eine lebhafte Diskussion hervorriefen. Um verschiedene falsche Auffassungen richtig zu stellen, wurde Kollege König vom Hauptvorstand wiederholt eingeladen. Ein Antrag, welcher besagt: „Der Verbandsbote werde beschlossen, daß die Kranken- und Wöchnerinnen-Unterstützung wieder eingeführt wird", fand trotz eingehender Begründung keine Gegenliebe und wurde abgelehnt.

Nachdem noch verschiedene Anfragen erledigt waren, wurde die gutgelaufene, auf verlaufene Konferenz mit der Aufforderung, unsere Sache weiter vorwärtszutreiben, um 5½ Uhr von Kollegen Kuhn geschlossen.

Bezirks-Lohntarif für Schleswig-Holst., Hamburg u. Lübeck.

Auf die einperiodische Lohnforderung hin fand am 10. Juni in Hamburg die Verhandlung statt und lehnten die Vertreter der Arbeitgeber zunächst jede Lohnerhöhung ab. Nach längerer Auseinandersetzung erklärten sich die Arbeitgeber zu einer Zulage von 3 ₰ bereit; da wir dieses ablehnten und erklärten, an einer Zulage von 5 ₰ die Stunde festhalten zu müssen, stimmten schließlich die Arbeitgeber zu und ist somit der Spitzenlohn von 65 auf 70 ₰ erhöht. Nach der Umrechnung ergeben sich folgende Stundenlöhne:

Gültig ab 13. Juni 1924.

	Ortsklasse 1		2		3		4	
	mk.	pf.	mk.	pf.	mk.	pf.	mk.	pf.
über 20 Jahre . .	70	52	62	47	56	42	49	37
unter 20 Jahren .	68	47	57	42	50	36	44	32

In Hamburg kommt für neue Arbeit 1. Klasse ein Zuschlag von 20 Prozent hinzu, welches einen Stundenlohn von 84 ₰ ergibt.

Die Bezirksleitung.

Hirschberg i. Schlesien.

Die hiesigen Schuhmacher sind wegen Lohndifferenzen in den Streik getreten. Wir ersuchen daher die Kollegen, den Zuzug nach Hirschberg zu vermeiden.

Kreuzlingen (Schweiz).

Wie uns mitgeteilt wird, sind die Lohn- und Arbeitsbedingungen in dem dortigen Betriebe unglücklich. Da die dortige Schuhfabrik Arbeiter suchen, so ersuchen wir unsere Kollegen dringend — falls sie unter diesen Umständen überhaupt die Absicht haben, nach Kreuzlingen bzw. der Schweiz zu reisen — sich unbedingt vor der Annahme von Arbeit in Kreuzlingen oder auch in anderen Orten der Schweiz bei der Ortsverwaltung in Kreuzlingen zu erkundigen. Diese Anfragen sind zu folgender Adresse zu richten: An die Sektion des Deutschnationalen und Lederarbeiterverbandes, Gasthof „zum Engel", in Kreuzlingen.

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes

Vom 15. Juni bis 21. Juni 1924 ist der 25. Beitrag fällig.

Anzeigen

Unserem Kollegen
Christian Kläschen
die besten Glückwünsche
zu seinem 25jährigen
Verbands-Jubiläum.
Zahlstelle Kiel.

Schuhmacher-Schürzen
(Kreuzband) grün und blau
Arbeitsmäntel für Zuschneider
rotweiß, buntstreifen, weißrot und braun
Sommer- und Bureau-Joppen
sowie blaue Arbeitsanzüge
Marke „A. C. V. Volz"
liefert in bekannt erstkl. Qualität
A. C. Volz, Stuttgart
Weitestraße 77.
Best. Gr. Stuttgart. • Postscheck Karlsr.
Anfragen Rückporto beifügen.
Nur Fabrikate Anerkennungsschreiben von Zahlstellen des Zentralverbandes Deutschlands.

„Chalyseta" I.I.-Pat.
die **Stahlbürste** mit biegsamer Spitze zum Einstechen, Umwenden, Doppeln usw. 2 Dtzd. ℳ 1.20 per Nachnahme oder vorh. Einsendung.
Walter Schulz, Hamburg 28,
Hammerstraße 38.

Bücher, Winkel, Kirkel, Messer z. Modell. Liste 8 gegen Rückporto.
H. Franke, Artern 17.

Nachruf!

Am 5. Juni verschied nach langem schwerem Leiden unsere Kollegin

Frau Luise Haberland

im 39. Lebensjahre. Sie war uns allen eine liebe Mitarbeiterin und werden ihr Andenken in Ehren halten.

Die Kolleginnen und Kollegen der Firma Max Wich, Magdeburg

E. Böttle, Berlin N. 54
Lothringer Straße 86
Generalvertretung für Firma Johannes Dorn Söhne, Lautingen, für Berlin, Brandenburg, Pommern und Mecklenburg.
Medizin. Verbandmaterial und -Watte, Artikel.
Gen.: Chem. Schwarzbeck Wolfen, Marke „Hellfix".
Empfehlenswerte für Gesellschaftsreisen. — Gummiartikel Hygienisch Sensation.

Spezial-Modellfachschule
J. Krämer, Bamberg (Bayern), Heiliggrabstraße 53
praktische Ausbildung von Modellmeistern für die Schuhindustrie.
Direkt Modell-Großformmaschinen, sowie sämtliche Maschinen, die zum Modellbau gehören, stets vorhanden.
Prospekt gratis. — Prima Referenzen. — Bei Anfragen Rückporto beifügen.

Druck: Gutenberg Druckerei & Buchhandlung G. m. b. H., München. — Verlag: Zentralvorstand der Schuhmacher Deutschlands (B. Simon) München, Clemensstraße 5.